Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang · Dienstag, 4. Januar 1921 · Nummer 3 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 3a.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wortanzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4640, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Spiel mit dem Feuer

Die deutschen Verstöße gegen die Bestimmungen von Spaa

Die französische Regierung hat am 31. Dezember dem deutschen Botschafter in Paris und dem Berliner Auswärtigen Amt eine Beschwerdenote überreicht, die 8 Punkte aufzählt, in denen Deutschland den Verpflichtungen des Friedensvertrages und des Abkommens von Spaa nicht entsprochen haben soll. Der wesentliche Inhalt des umfangreichen Schriftstücks ist folgender:

1. Der Kontrollkommission ist nur ein geringer Teil der Waffen übergeben worden, die von der Zivilbevölkerung an die deutschen Behörden abgeliefert worden sind.

2. Der Reichskommissar für die Entwaffnung hat der Kontrollkommission noch nicht offiziell den Zeitpunkt mitgeteilt, **an dem die Abgabe der Waffen der Einwohnerwehren stattzufinden hat.** Trotz der wiederholten Anordnungen der Kontrollkommission hat sich die Deutsche Regierung in ihren Noten vom 9. und 22. Dezember **beharrlich geweigert, die Einwohnerwehren und andere ähnliche Formationen in Ostpreußen und Bayern zu entwaffnen,** indem sie erklärte, daß sie sich des Ernstes ihres Entschlusses voll bewußt sei.

3. **Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei ist nicht beendet.**

4. **Die Auflösung der Sicherheitspolizei hat nicht stattgefunden.**

5. Die Einwohnerwehrorganisationen, zu deren Auflösung die alliierten Regierungen entsprechend dem Friedensvertrag von Versailles Deutschland am 22. Juni aufgefordert hatten, bestehen noch in Ostpreußen und in Bayern im Widerspruch mit dem Artikel 177 des Friedensvertrages. **Sie stehen sogar in Verbindung mit der Reichswehr.**

6. Die Maßnahmen, die ergriffen worden sind, um die deutsche Gesetzgebung mit den militärischen Bestimmungen des Vertrages in Einklang zu bringen, sind unzulänglich.

7. **Die Auslieferung der überschüssigen Kriegsgeräte ist nicht vollendet.** Insbesondere wird die Auslieferung des Artilleriematerials von Küstrin und Königsberg verweigert.

8. Außer dem auf 100 000 Mann herabgesetzten Heere sind noch Abwickelungsbehörden vorhanden, **die den Bestimmungen des Friedensvertrages** zuwiderlaufen. Die Ablieferung und Zerstörung des Luftfahrgeräts ist noch nicht beendet.

Die deutsche Regierung hat diese Beschwerden Punkt für Punkt ausführlich beantwortet.

1. Die angekauften und beschlagnahmten Waffenbestände sind verschrottet worden.

2. Ende Januar wird die Ablieferung der Waffen der Selbstschutzorganisationen im wesentlichen beendet sein. Die Hinausschiebung des Termins hängt damit zusammen, daß sich bei den vielen Hunderten von Organisationen die Durchführung der Maßnahmen im Einzelfalle verzögert. Die deutsche Regierung hat nicht die Entwaffnung der ostpreußischen und bayrischen Wehren verweigert, **nur gestatten es die besonderen Verhältnisse in Ostpreußen und Bayern nicht, dort mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen wie in den übrigen Teilen Deutschlands.**

3. und 4. Die Sicherheitspolizei besteht nicht mehr. In der Entwaffnung der deutschen Polizeikräfte ist im wesentlichen den Anforderungen der Kontrollkommission bereits entsprochen worden.

5. Die deutsche Regierung erblickt in dem Bestehen von Selbstschutzorganisationen keinen Verstoß gegen Artikel 177 des Friedensvertrages. Solche Organisationen sollen aber im eigenen Interesse des Staates aufgelöst werden, sobald es die Umstände gestatten.

6. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Den Bedenken gegen das neue Reichswehrgesetz ist in zwei Punkten Rechnung getragen, andere Bedenken unterliegen der Prüfung.

7. Die Behauptung, daß das überschüssige Kriegsgerät nicht völlig abgeliefert sei, wird bestritten. Die deutsche Regierung muß auf die Erhaltung gewisser Bestände Wert legen. Die Frage des Artilleriematerials von Königsberg und Küstrin ist Gegenstand von Verhandlungen.

8. Gegen die Abwicklungsstellen kann kein begründeter Einwand erhoben werden. Ein Widerstand gegen die Ausführung der Vertragsbestimmungen über die Luftfahrt wird keineswegs geleistet. Die deutsche Regierung bietet alle Mittel auf, etwa verstecktes Material ausfindig zu machen.

Zum Schluß weist die Antwortnote darauf hin, wieviel seit der Unterzeichnung des Protokolls von Spaa praktisch doch geleistet worden sei. Die buchstäbliche Erfüllung habe sich als unmöglich erwiesen. Das Mögliche sei geschehen, und man müsse doch daran erinnern, daß nach den eigenen Worten der Alliierten hätte geprüft werden sollen, ob die deutsche Regierung loyal den Bestimmungen nachkommt. „Die deutsche Regierung kann von sich sagen, daß sie in voller Loyalität ihr Bestes getan hat."

* * *

Um die französische Note zu verstehen, muß man sich an den Strafandrohungsparagraphen von Spaa erinnern. Er lautet:

„Wenn in irgendeiner Zeit vor dem 1. Januar 1921 die interalliierten Ueberwachungsausschüsse in Deutschland feststellen, daß die Bestimmungen des gegenwärtigen Abkommens nicht getreulich durchgeführt werden . . ., **werden die alliierten Regierungen zur Besetzung eines neuen Teiles deutschen Gebietes — sei es des Ruhrreviers oder eines anderen Gebietes — schreiten."**

Die französische Regierung wollte also auf alle Fälle den Termin wahren und stellte am letzten Tage vor dem Ablauf der Frist die Punkte zusammen, in denen nach ihrer Auffassung die Bestimmungen nicht eingehalten wurden. Sie nimmt, wie sie sagt, Akt von den Verstößen, über die die alliierten Regierungen in ihrer Gesamtheit zu befinden hatten.

Die Entscheidung darüber, ob die Beschwerden im einzelnen Fall wirklich begründet sind, und ob die Verfehlungen einen ausreichenden Grund zur Vollziehung der angedrohten Strafe bieten, liegt nun bei der Entente. Sie wird bei der nächsten Zusammenkunft ihrer Staatsmänner das vorliegende Material prüfen und ihr Urteil fällen.

Einstweilen sind wir davon überzeugt, daß nirgendwo — auch in Frankreich nicht — eine Neigung für die Besetzung weiteren deutschen Gebietes besteht, und die peinliche Genauigkeit, mit der die Pariser Regierung das deutsche Sündenregister zusammengestellt hat, kann uns in unserem Glauben nur bestärken. Mit Rücksicht auf die nationalistische Mehrheit in der Kammer hält sie es für geboten, den Nachweis ihrer scharfen Aufmerksamkeit zu erbringen. Sie will zeigen, daß sie nicht gesonnen ist, ein Titelchen von ihren Ansprüchen aufzugeben, aber sie hofft, daß dieser Beweis ihres Eifers den militaristischen Draufgängern zunächst den Wind aus den Segeln nehmen wird.

Ueber eine Reihe der Beschwerden wird sich auch sicher unschwer eine Verständigung erzielen lassen, und man kann zugeben, daß die deutsche Regierung in mancher Beziehung das Mögliche getan hat. War sie nicht überall in der Lage, den gestellten Bedingungen bis zum letzten zu entsprechen, so werden doch auch die Gegner den guten Willen dort, wo er offenbar vorhanden war, anerkennen.

Auf der anderen Seite aber soll man sich auch nicht in einer falschen Sicherheit wiegen und sich vornehmlich nicht einbilden, daß in der Frage der Einwohnerwehren der amtliche deutsche Standpunkt Billigung oder auch nur Duldung finden werde. Diese Angelegenheit steht nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses, und hier wird die Berliner Regierung so schnell und so gründlich als möglich einlenken müssen.

Nach einer soeben eingetroffenen Londoner Meldung ist das britische Kabinett zu der Entscheidung gelangt, daß das Weiterbestehen der bayrischen Wehren durchaus ungerechtfertigt sei, und wenn es weiter heißt, daß man in England für die Aufrechterhaltung des Selbstschutzes in Ostpreußen etwas mehr Verständnis besitze, so wird man sich in Deutschland hoffentlich nicht in dem Glauben wiegen, England von Frankreich trennen zu können.

Die deutsche Regierung hat die denkbar schwerste Verantwortung auf sich geladen, als sie die Auflösung der Einwohnerwehren bis zum 31. Dezember ablehnte. All ihr Gerede entlastet sie nicht von dem Vorwurf, daß sie damit wider die Bestimmungen von Versailles und Spaa verstieß und der Entente das formale Recht gab, ihre Heere über die gegenwärtige Besetzungsgrenze hinausrücken zu lassen. Nur wenn sie jetzt ohne alle Umschweife die übernommenen Verpflichtungen erfüllt, kann sie das Verhängnis von Deutschland abwenden.

Es hat wirklich keinen Zweck, wenn der Minister Simons, wie eben erst wieder in der „Neuen Freien Presse", bei jeder Gelegenheit Klagen über die Unversöhnlichkeit der ehemaligen Kriegsgegner und die Höhe ihrer Forderungen anstimmt. Er soll tun, was das Reichsinteresse erheischt und sich den verderblichen Einflüssen der Nebenregierungen entziehen. Die Nachrufe, die jetzt Bethmann-Hollweg gespendet werden, können ihn darüber belehren, wie die Geschichte über einen Mann urteilt, der nicht den Mut seiner eigenen Meinung besitzt und sich seufzend in die gottgewollten Abhängigkeiten fügt.

Die Notenflut

Die Botschafterkonferenz hat der deutschen Friedensdelegation in Paris am 31. Dezember eine neue Note überreicht. Sie nimmt Bezug auf die deutsche Note vom 4. Dezember, in der die deutsche Regierung sich gegen die Entscheidung wendet, die die interalliierte Kontrollkommission über die Festungsanlagen an der Nordseeküste getroffen hatte. Die Botschafterkonferenz teilt der deutschen Regierung mit, daß sie nach gründlicher Prüfung die Beweisführung der deutschen Regierung weder in ihren Grundlinien noch in ihren Einzelheiten anerkennen könne. Die Entscheidung der Kontrollkommission soll unverändert aufrechterhalten werden. Die alliierten Mächte erwarten, **daß sich die deutsche Regierung nicht länger der Ausführung einer Entscheidung widersetzen werde, die nur die genaue Anwendung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages darstelle.**

(Siehe auch Seite 2.)

Die Auslandsdeutschen

Von einem Auslandsdeutschen wird uns zu den jetzt dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwürfen über die Entschädigung der Auslandsdeutschen geschrieben:

Als am 1. August 1914 Gott Janus das Friedenstor seines Tempels krachend schloß, da strömten aus aller Herren Länder zahllose Deutsche in ihr Vaterland zurück, teils freiwillig, teils unter dem mehr oder weniger grausamen Zwange der Weltkatastrophe. Ueber 6¼ Jahre sind seit Kriegsausbruch verflossen, zwei Jahre seit Abschluß des Waffenstillstandes mit der Entente, und in Mittel- und Westeuropa ist seit Ende Juni vorigen Jahres der Friedenstempel wieder offen. Aber nur ein geringer Prozentsatz der Auslandsdeutschen — nicht nur in den ehemals uns feindlichen Ländern — vermochte da sein Wirken fortzusetzen, wo er es vor Jahren hatte abbrechen müssen. Zehntausende dieser ehemals so laut gerühmten „Pioniere deutscher Kultur" büßten außer Hab und Gut noch manches andere ein, was ihnen kein Reichskommissar für Auslandsschäden ersetzen kann — ihr schlimmster Verlust aber wäre: unrettbar verlorener Glaube an die Heimat.

Und diese Gefahr besteht! Sie ist drohender vorhanden, als es die satten Klubsessel-Politiker neuzeitlicher Regierungsweisheit je zugeben würden. Denn wo von Gesetzes wegen nur 50 Prozent gegeben werden kann, wie bei der Vorentschädigung von — rechtlich genau formulierten — Auslandsschäden, da muß es geradezu verwüstend wirken, wenn über alle Maßen langsam gegeben wird.

Dreierlei Arten von Auslandsschäden unterscheidet das Gesetz: Liquidationsschäden, Personenschäden (an Leib und Leben) und eigentliche Kriegsschäden. Eine rechtliche Haftung erkennt das Reich für die erste Kategorie an. In beiden letztgenannten Fällen erklärt es sich dagegen nur (!) moralisch für verpflichtet. Wer von den verehrlichen Lesern als wirtschaftlich schwächerer Teil einmal vor Gericht von seinem Prozeßgegner die ominöse Redensart an den Kopf bekommen hat, „ich erkenne höchstens eine moralische Verbindlichkeit an", der wird sich in die Seelenstimmung zahlloser Flüchtlingsfamilien leicht hineindenken können.

Was unter Personenschäden zu verstehen ist, liegt auf der Hand. Kriegsschäden sind solche, die als unmittelbare Folge kriegerisch-militärischer Handlungen entstanden sind. Liquidationsschäden endlich sind hervorgerufen durch Maßnahmen feindlicher Länder, welche in Zwangsverwaltung, Einziehung und Liquidation von beweglicher und unbeweglicher Habe ihren Ausdruck finden. Bei diesen, vom Reich als entschädigungspflichtig anerkannten, Sachschäden und der bisherigen Art ihrer Regulierung tritt das ganze Elend, die krasse Unzulänglichkeit des Geleisteten deutlich hervor.

Der von tausend Skorpionen in unseren Tagen gezüchtigte „gesunde Menschenverstand" will es nicht fassen, daß man bald nach Waffenstillstand den reichen Hapag-Aktionären eine Milliardenentschädigung zukommen ließ, daß man nicht viel später dem Multimillionär Thyssen für seine Verluste in Briey 50 Millionen zuschanzte — um die lumpige Unterstützung verelendeter Auslandsdeutscher aber, die das Gesetz in Höhe von 1500 Mark ermöglicht, feilscht und marktet man, wie ein alter Wucherer! Nur, wer „dem Verkommen ausgesetzt" ist, erhält diese Unterstützung — so interpretierte jüngst offiziell der Vorsitzende einer westdeutschen Ortsgruppe des „Bundes der Auslandsdeutschen" die derzeitige Spruchpraxis gegenüber Unterstützungsanträgen. Also beeilt euch, ehemalige Pioniere deutscher Kultur, für 1500 Mark einmalige Unterstützung das kleine Kapital an Körper- und Seelenkraft einzutauschen, welches ein erbarmungsloses Schicksal und deutsche Gründlichkeit euch noch belassen hat!

Nun aber zum Härtesten des Harten, dem Entschädigungsmodus selber. Wenn einer eine Million Franks Schaden nachweist, und man gibt ihm einstweilen 50 Prozent der Friedenswährung, also 400 000 Mark, so ist das für ihn ganz gewiß keine Annehmlichkeit, aber immerhin erträglich. Wenn dagegen ein fleißiger, deutscher Proletarier im Ausland sich mühsam eine bescheidene Wohnungseinrichtung zusammensparte, diese durch den Krieg verlor, und nun — nach mehr als 6 Jahren! — wieder neu ein halbwegs menschenwürdiges Heim sich schaffen will, was dann? Erste Bedingung: für 8 Mark Monatsbeitrag muß er Mitglied des „Bundes der Auslandsdeutschen" werden. Jetzt darf er einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen, um bei Androhung strafrechtlicher Ahndung (wegen Betrugs) bis auf Heller und Pfennig genau anzugeben, was er besessen, verloren hat und nun — vorläufig zur Hälfte wenigstens — ersetzt zu bekommen wünscht.

Ein Beispiel: Er hatte in Friedenszeit für 3½ Franks einen Stuhl gekauft. Kein Luxusmöbel sicherlich selbst in jenen zauberhaft billigen Tagen, aber immerhin ein Stuhl. Nach Friedenswährung sind das 2 Mark und 80 Pfennige, die Hälfte wird ihm — jetzt nach 6 Jahren — höchstens ausbezahlt — macht eine Mark und vierzig Pfennige für einen Stuhl. Ein anderes Beispiel, das zwar keinen Proletarier, aber auch keinen Thyssen betrifft: Einem

von Erfolg beglückten deutschen Handwerker ist es schließlich gelungen, sich für 120 000 Franks in Brüssel ein Haus zu kaufen. Es wurde liquidiert, und nun ersetzt ihm die deutsche Regierung den Schaden. Aber wie? Die Belgier haben natürlich, da die Liquidationssumme auf die Wiedergutmachung angerechnet wird, ein Interesse an möglichst niedriger Einschätzung. Sie liquidieren mit 68 000 Franks. Das sind in Friedenswährung 54 400 Mark. Hiervon bewilligt man nach schier endlosen Verhandlungen dem total ruinierten Geschäftsmann sage und schreibe 27 200 Mark — für ein neues Haus vermutlich. Er hatte es nicht zu Hapagaktien gebracht, war auch kein Multimillionär wie Thyssen, sondern nur ein schlichter, deutscher Handwerker, ein „Pionier deutscher Kultur im Ausland". Daß er vier Jahre lang seine Knochen im Schützengraben und an andern gleich schönen Orten zu Markte trug, genau wie jener obenerwähnte Arbeiter, daß beide aus Liebe zur Heimat — die ihnen längst zum Teufel ging — standhaft ablehnten, sich naturalisieren zu lassen, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Der Fälle krassen Widersinns — auf alle erdenklichen Auslandsstaaten bezogen — könnte ähnlich und viel schlimmer noch eine Legion angeführt werden. Das wenige genügt, um zu begreifen, warum die Oeffentlichkeit geflissentlich bisher an diesem traurigen Kapitel jenes schwarzen Buches vorüberging, jenes Buches, dem Wilhelm von Hohenzollern, der Wohlgeborgene, den verheißungsvollen Titel gab: „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen." Der Reichstag aber möge, wenn er dem Gesetz über die Entschädigung der Auslandsdeutschen endgültige Fassung gibt, keiner „Klubsesselpolitik", sondern einer Politik der ernsten Prüfung und Sachlichkeit das Wort reden — wenigstens diejenigen in seiner Mitte, denen soziale Pflicht keine hohle Phrase bedeutet.

Amnestiert und wieder verhaftet!

Die Justiz versteht es meisterhaft, die Amnestieerlasse zu einem schmiegsamen Element in ihren Händen zu machen. Charakteristisch dafür ist folgender Fall, den der Rechtsschutzverband der Vorbestraften der Presse mitteilt:

Wegen versuchten Landesverrats wurde am 3. Juli 1917 der Schlosser Fritz Kollath aus Cöln-Dünnwald vom Außerordentlichen Kriegsgericht für den Bereich der Festung Cöln auf Grund eines miserablen Indizienbeweises zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kollath, der völlig unbescholten war, arbeitete in der Karbonid-Fabrik Schlebusch, wo hauptsächlich Fliegerbomben hergestellt wurden. Aus dem Umstande, daß er nach Schluß der Arbeitszeit durch ein Fenster in den Pausraum der Fabrik einstieg, um nach seinen dort verlorenen Schlüsseln zu suchen, wurde gegen ihn der Verdacht ausgesprochen, er hätte die Absicht gehabt, sich dort Zeichnungen von Fliegerbomben zu verschaffen, um sie dem feindlichen Auslande zu verkaufen. Es muß besonders betont werden, daß selbst die Urteilsgründe zugeben, **Kollath hätte sich in keiner Weise an den Zeichnungen zu schaffen gemacht.** Nur der Umstand, daß Kollath im Besitze von etwa 3000 M. war und einen Freund in Holland hatte, mit dem er einen gänzlich unverfänglichen Briefwechsel führte, genügte, um ihn in Verbindung mit seinem Einsteigen in dem Pausraum zu verurteilen. Infolge des Amnestieerlasses vom November 1918 erhielt Kollath folgendes Schreiben, auf Grund dessen er sofort aus dem Zuchthause entlassen wurde.

(3 E. R. 86/17)

In der Strafsache gegen Sie wegen Landesverrats teile ich Ihnen mit, daß durch Amnestie Ihnen der Strafrest erlassen ist.

Düsseldorf, den 28. November 1918.

Der Erste Staatsanwalt
J. A.:
(Unterschrift)

Einige Wochen später wurde Kollath nach seinem zuständigen Polizeirevier bestellt und sofort dem Zuchthause in Werden a. R. zur Weiterverbüßung seiner Reststrafe zugeführt. Auf seine eingelegten Beschwerden erhielt er vom Generalstaatsanwalt des Oberlandesgerichtes in Düsseldorf den Bescheid, daß die Entlassung auf Grund des Amnestiegesetzes nur vorläufig gewesen sei und zwar um festzustellen, ob die Verurteilung wegen einer politischen Straftat erfolgt sei. Die Strafkammer habe durch Beschluß vom 31. März 1919 diese Frage verneint und die Weitervollstreckung der Strafe in „zulässiger Weise" angeordnet.

Die Entscheidung der Strafkammer ist zweifellos unrichtig. Versuchter Landesverrat ist ein politisches Vergehen und fällt deshalb ohne weiteres unter die Amnestie. Das wurde auch vom Ersten Staatsanwalt ausdrücklich anerkannt, indem Kollath kurz nach dem Amnestieerlaß einfach entlassen wurde. Von einer „vorläufigen" Entlassung war dabei überhaupt nicht die Rede. Erst nachträglich scheinen besondere Verfügungen ergangen zu sein, aber diese sind rechtsungültig, da eine einmal ausgesprochene Amnestie nicht wieder rückgängig gemacht werden kann.

Die Rache der Schieber

Das Landespolizeiamt, das sich in der Hauptsache mit der Bekämpfung des Wuchers und des Schiebertums befaßt, ist am 1. Januar vom Staatskommissariat für die Volksernährung (Hermes-Hagedorn) auf das Preußische Ministerium des Inneren übergegangen. Wie die „Sozialistische Korrespondenz" mitteilt, hat noch am Tage vor dem Uebergang Herr Hermes an einem Gegner Rache genommen, den er schon lange fürchtete und haßte. Der langjährige Leiter des Landespolizeiamtes Dr. Falck ist verabschiedet worden. Landgerichtsrat Falck hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß er in der Politik Hermes eine mindestens unfreiwillige Begünstigung des Wucher- und Schiebertums sah, und in bestimmten Fällen war Falck direkt daran gehindert worden, bestechliche Beamte in den Reichsämtern mit Rücksichtslosigkeit zu verfolgen. Nun ist Falck verabschiedet worden, und Hermes bleibt. Die Politik der bürgerlichen Parteien hat einen neuen Sieg erfochten, alle Schieber können einen Festtag feiern. Auf die Initiative Dr. Falcks war vor allem das scharfe Vorgehen gegen den Wucher in den Hotels zurückzuführen.

Immer langsam voran

Das Reichswehrministerium wurde letzthin angezapft, wie es denn mit dem Verfahren gegen den Hauptmann Pfeffer stehe, das schon seit Monaten schwebe, ohne zu einem positiven Ergebnis geführt zu haben. Die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums weiß darauf jetzt mitzuteilen, daß der große Umfang des Untersuchungsmaterials das Fortschreiten des Verfahrens erschwere. Das klingt mehr als sonderbar. Denn schon vor länger als drei Monaten erklärte der Staatsanwalt anläßlich des Prozesses gegen die Weißenseer Kommunisten, daß der Prozeß gegen Pfeffer unmittelbar bevorstehe. Pfeffer ist nun inzwischen endlich verhaftet worden, das Material scheint dadurch noch umfangreicher geworden zu sein und wird eines Tages schließlich noch den ganzen Prozeß ersticken, zumal sich die einflußreichen deutschnationalen Parteiführer schon seit Wochen bemühen, ihren Schützling Pfeffer außer Verfolgung zu setzen. Wir wissen über das gegen Pfeffer vorliegende Material einigermaßen Bescheid. Und diese Kenntnisse sagen uns, daß ein Arbeiter, gegen den auch nur der zehnte Teil dieses Materials vorläge, schon längst im Zuchthaus sitzen würde.

Eine neue Note

Die Auflösung der Sicherheitspolizei

Die Notenpresse, die nicht zuletzt durch die Weigerung der deutschen Regierung, die militärischen Verpflichtungen von Spaa zu erfüllen, in Gang gesetzt worden ist, verbraucht beinahe so viel Papier, wie die Reichsdruckerei. Das Auswärtige Amt hat jetzt dem Vorsitzenden der Interalliierten Ueberwachungsheere für das Landheer eine neue Note zugehen lassen, in der Bezug genommen wird auf die Note der Entente vom 23. Dezember, Nr. 1266! In dieser Note wurde Beschwerde darüber geführt, daß der Kontrollkommission bisher nicht die Verfügungen aller deutschen Länder über die Auflösung der Sicherheitspolizei zugegangen seien. Das Auswärtige Amt bemerkt dazu, daß der Kommission seit längerer Zeit alle Verfügungen zugegangen seien, mit Ausnahme von Mecklenburg-Schwerin und Bremen. Noch sei auch in diesen Ländern die Sicherheitspolizei seit August aufgelöst worden. Diejenigen deutschen Länder aber, über die bisher keine Mitteilungen ergangen wären (Thüringen, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Waldek und Pyrmont), hätten bisher eine Sicherheitspolizei noch nicht gehabt. Das Auswärtige Amt beruft sich weiter darauf, daß der Plan, nach dem die gegenwärtige Ordnungspolizei gegründet ist, in gemeinsamer Beratung mit den Vertretern der Kontrollkommission aufgestellt worden sei. Es seien sogar mündliche Erörterungen gepflogen worden und dabei sei eine vollständige Einigung erzielt worden.

Die Umbildung nicht nur der preußischen und bayerischen, sondern auch der in den anderen Ländern bestehenden Polizei sei auch, soweit eine Reorganisation überhaupt erforderlich war, durchweg nach dem so vereinbarten Plane erfolgt. Die jetzige uniformierte und bewaffnete Ordnungspolizei sei rein örtlich organisiert und unterstehe ausschließlich dem örtlichen Polizeiverwalter, d. h. einem zivilen Verwaltungsbeamten. Alle Stäbe, die den Befehl über die Polizeikräfte mehrerer Orte führten, seien aufgelöst, Geschütze, Minenwerfer, Flammenwerfer nicht mehr vorhanden. Auch die Maschinengewehre, mit Ausnahme der für die Panzerwagen zugelassenen, seien trotz schwerer Bedenken im wesentlichen abgeliefert; wo es noch nicht geschehen ist, liegt dies daran, daß die von der Kontrollkommission als Ersatz für Maschinengewehre bestimmten Maschinenpistolen in der kurzen Zeit noch nicht beschafft werden konnten, vor allem aber auch die zugestandene Zahl von Panzerwagen einstweilen nur zum Teil vorhanden ist.

Die jetzige uniformierte und bewaffnete Polizei sei nichts anderes als die in der zugelassenen Weise verstärkte Polizei des Jahres 1913, bei deren Organisationen nur insoweit Aenderungen eingetreten seien, als die von den Alliierten Regierungen zugestandene Vermehrung und Bewaffnung mit sich brachte. Die Annahme der Kontrollkommission, daß die nicht uniformierte Polizei in unzulässiger Weise verstärkt worden sei, sei gleichfalls unbegründet.

Die deutsche Regierung erklärt zum Schluß, daß sie sich bei der Neuordnung des Polizeiwesens auf das Loyalste an die Bestimmungen des Friedensvertrages und der Noten vom 22. Juni und 12. August 1920 gehalten habe. Sie müsse den Vorwurf der Vertragsverletzung in der bestimmtesten Form als unberechtigt zurückweisen.

Der Ausnahmezustand in Bayern

Nürnberg gegen Kahr und Konsorten

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Nürnberg, 3. Januar.

Zu der letzten Verordnung des bayerischen Staatskommissars über die Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts hat der Stadtrat Nürnberg einstimmig unter Einschluß der bürgerlichen Parteien einen Beschluß angenommen, der die Verordnung als eine völlig unbegründete und unzuverlässige Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts bezeichnet. Der Ausnahmezustand, auf Grund dessen die Verordnung erlassen wurde, entbehre jeder gesetzlichen Grundlage. Der Stadtrat fordert deshalb Aufhebung des Ausnahmezustandes. Auf Vorschlag des Aeltestenrats soll der Stadtrat beim Reichspräsidenten und beim Reichsrat vorstellig werden, um die Aufhebung der bayerischen Ausnahmebestimmungen zu veranlassen.

Krassin geht nach Moskau

Paris, 3. Januar.

Nach einer Londoner Meldung des „Journal" ist es nunmehr sicher, daß Krassin Ende dieser Woche London verlassen wird, um mit der Sowjetregierung zu verhandeln. Er wird den endgültigen Friedensvertrag in London vorlegen. Bis jetzt ist noch keine befriedigende Formel gefunden worden, um das nach England zu schaffende russische Gold vor der Beschlagnahme zu schützen.

Horthy-Ungarn lenkt ein

Verhandlungen mit Sowjet-Rußland

Wie wir in der gestrigen Abendausgabe in einem Privattelegramm aus Wien mitteilten, schweben zwischen Rußland und Ungarn Verhandlungen über einen Austausch der verurteilten Volkskommissare mit den von Rußland als Geiseln verhafteten ungarischen Offiziere. Wie jetzt bekannt wird, hat der ungarische Minister des Aeußern Teleki an den russischen Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin, eine Note gerichtet, in der er Verwahrung dagegen einlegt, daß die kriegsgefangenen ungarischen Offiziere als Geiseln für die verurteilten ungarischen Volkskommissare zurückgehalten werden. Die ungarische Regierung erklärt sich aber bereit, Verhandlungen über das Schicksal der Volkskommissare anzubahnen, um dem Leiden der ungarischen Kriegsgefangenen ein Ende zu setzen. Die russische Regierung wird gleichzeitig aufgefordert, Zeit und Ort sowie Vertreter für diese Verhandlungen zu bestimmen.

Der russische Außenminister Tschitscherin hat darauf dem ungarischen Außenminister Teleki geantwortet, daß er den Verhandlungsvorschlag annimmt. Als Verhandlungsort ist Reval in Aussicht genommen. Von russischer Seite soll Litwinow als Unterhändler an den Verhandlungen teilnehmen.

Balachowitschs Pleite

General Balachowitsch hatte im letzten Herbst mit Hilfe der polnischen Regierung in Warschau ein Rebellenheer aufgestellt, das in Verbindung mit der Armee des Generals Wrangel einen neuen Feldzug gegen Rußland unternehmen sollte. Sein Plan ist durch die Niederlage Wrangels vernichtet worden und nun ziehen die Horden, die Rußland „befreien" sollten, raubend und plündernd durch die polnischen Gaue. Die Klagen der Zivilbevölkerung haben die polnische Regierung veranlaßt alle Angehörigen der Balachowitschtruppen vor das Militärfeldgericht zu stellen. Bis zur gerichtlichen Entscheidung werden die eingefangenen Balachowitschsoldaten in der Festung Brest-Litowsk in Haft gehalten. Wenn jetzt die Balachowitschtruppen auf Raub ausgehen, so hat sich die polnische Regierung das selbst zuzuschreiben. Denn sie hat diese Räuberbanden erst ausgerüstet.

Verhandlungen mit den Beamten

Die mehrfach angekündigten Verhandlungen zwischen der Bureaukratie und den Beamtenorganisationen über die Forderungen der Beamtenschaft haben gestern vormittag im Reichsfinanzministerium begonnen. Bei den Verhandlungen werden auch die besonderen Forderungen der Eisenbahnerorganisationen zur Besprechung gelangen. Unter den etwa 20 Vertretern der deutschen Beamtenorganisationen befindet sich je ein Delegierter der vier großen Eisenbahner-Verbände.

Am 31. Dezember hat eine Vorkonferenz des Deutschen Beamtenbundes mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit Vertretern der christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften stattgefunden, in der man sich, wie berichtet wird, wenigstens in großen Zügen auf ein gemeinsames Programm geeinigt hat. Aus den Meldungen, die bisher über diese Vorkonferenz vorliegen, geht nicht hervor, in welchem Maße der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund den Einfluß seiner Achteinhalb-Millionen-Armee für die Forderungen der Beamtenschaft einsetzen will, obwohl die gemeinsamen Beratungen die Schlußfolgerung nahelegen, daß ein gemeinsames taktisches Vorgehen zur Durchsetzung der Forderungen beabsichtigt ist. Auch über die Vorschläge, die diese gemeinsame Konferenz dem Reichsfinanzministerium bei den Verhandlungen machen will, sind bisher nur sehr unsichere Angaben bekannt geworden. Auch diese Konferenz hat sich mit den besonderen Forderungen der Eisenbahner beschäftigt.

Die Eisenbahner-Organisationen stehen nach wie vor gerüstet in einer Front und aus den verschiedensten Orten des Reiches kommen täglich Meldungen über Eisenbahner-Versammlungen, die eine sehr ernste und entschiedene Stimmung der Eisenbahnbeamten und -arbeiter widerspiegeln. In einer der Pressemeldungen über die schwebenden Verhandlungen wird ausgesprochen, man hoffe, daß die Eisenbahnbeamten sich dem Willen aller anderen Reichs- und Staatsbeamten bei den kommenden Entscheidungen fügen werden. Es sieht aber nicht so aus, als ob die Eisenbahner geneigt wären, ihren eigenen Willen durch die Riesenmasse der übrigen Beamten, deren Organisationen die Waffe des Streikrechts bereits hingeworfen haben, erdrücken zu lassen.

Die Forderungen der Eisenbahner und das Defizit

Die Eisenbahner haben das Verlangen gestellt, daß für alle Beamten in den verschiedenen Gehaltsklassen, ohne Rücksicht auf die Ortsklassenabstufung, Erhöhungen bewilligt werden, die für die unterste Gehaltsklasse etwa 90 Prozent, für die oberste Gehaltsklasse etwa 55 Prozent der bisherigen Zuschläge betragen. Danach würde ein Eisenbahnbeamter in einer beliebigen Gehaltsklasse dieselbe Erhöhung erhalten, gleichgültig ob er in der Großstadt oder auf dem flachen Lande Dienst tut. Die Regierung steht nun auf dem Standpunkt, daß diese Forderung Unzufriedenheit erregen würde, und will statt der durchgehenden prozentualen Erhöhung in den einzelnen Gehaltsklassen eine den Ortsklassen entsprechende Erhöhung der geltenden Zuschläge vornehmen.

Die Regierung braucht sich nicht auf die drohende Unzufriedenheit auszureden. Das soll nicht ihre Sorge sein. Wenn die Organisationen diese Forderung stellen, so geschieht es in Uebereinstimmung mit den Mitgliedern, d. h. mit der Gesamtheit der Beamten und Arbeiter.

Bemerkenswert ist, daß auch das Defizit bei der Eisenbahn in den Verhandlungen eine Rolle spielte.

Staatssekretär Stieler vom Reichsverkehrsministerium mußte zugeben, daß das Defizit der Eisenbahnen nicht auf die Gehaltswünsche der Beamten und Arbeiter zurückzuführen sei. Vor allem müsse man das riesenhafte Defizit der Eisenbahnen auf die ungeheuer gesteigerten Materialkosten für Streckenbau und Maschinen und auf den durch die Kriegsjahre hervorgerufenen starken Verschleiß des Materials zurückführen. Was wir schon vor Monaten nachgewiesen haben, als noch die gesamte bürgerliche Presse gegen die „faulen" und „anspruchsvollen" Eisenbahner hetzte.

*

Gestern fand im Reichsfinanzministerium zwischen Vertretern der Reichsregierung und Vertretern der führenden Organisationen der Beamten und Arbeiterschaft des Reichs, insbesondere der Eisenbahner, in Anwesenheit von Vertretern der Länder eine Aussprache über die bestehende Notlage und deren Abstellung statt. Von beiden Seiten wurden die für die weitere Erledigung der Angelegenheit dienlichen Gesichtspunkte erörtert und durch die gegenseitige offene Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse der Beamten und Arbeiterschaft wie der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reichs eine allgemeine Orientierung geschaffen, die eine weitere Verhandlung ermöglicht. **Am Mittwoch, den 5. Januar, werden die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahner, Freitag, den 7. Januar,** zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund nebst Gutachterausschuß aufgenommen werden.

Die Stinnes-Zeitung

Herr Stinnes läßt jetzt die „Norddeutsche Allg. Zeitung" zu einem „großen Preßorgan" ausbauen. Was das Format betrifft, ist das sogar bereits gelungen. Es sieht so aus, wie ein verdoppelter „Lokalanzeiger" und auch inhaltlich scheint es so etwas ähnliches werden zu wollen.

Unter den neuen Redakteuren des Herrn Stinnes — die alte Redaktion ist zurückgetreten — befindet sich auch der Herr Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, der, nachdem der Gesandtenposten noch immer auf sich warten läßt, offenbar Wartegeld bei Herrn Stinnes zu beziehen für richtig hält. Unseres Wissens ist Dr. August Müller Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Wir sind neugierig, ob dieses interessante Verhältnis auch in Zukunft bestehen bleiben wird.

Der Parteitag in Tours

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

Tours, 29. Dezember.

Alle bis jetzt gehaltenen Reden weisen unmittelbar auf die Spaltung hin. Die Erregung ist allerseits, aber ebenso wird von allen Seiten betont, daß man sich nicht in einen gegenseitigen Kampf einlassen wolle. Frossard benutzte sogar die Gelegenheit, um den Männern wie Sembat, Bracke, Guerde, Renaudel u. a. seine volle Hochachtung auszusprechen und zu erklären, daß er nicht zögere, auch heute noch aufrichtige Sozialisten in ihnen zu erblicken. Ihre Taktik halte er für falsch, wie er sie immer bekämpft habe, aber in ihre Ehrlichkeit setze er nicht den geringsten Zweifel. Aber selbst wenn diese Erklärungen mehr wären als nur französische Höflichkeit, schon die nächste Zeit, wenn das Ringen um die Parteiorganisationen einsetzt, wird zeigen, daß, wo erst die Spaltung vollzogen ist, auch die gegenseitige Bekämpfung und Schwächung nicht ausbleiben kann. Um so verbrecherischer ist es, wenn die Wegscheidung innerhalb einer Partei nicht einer selbst erkannten Notwendigkeit entspricht, sondern, wie dies Longuet treffend ausführte, diese lediglich die Ausführung eines von außen kommenden Diktats ist.

Der vierte Verhandlungstag hat eigentlich die ganze Unhaltbarkeit der Gruppe Cachin-Frossard dargetan, denn es kam ein Telegramm von dem Exekutivkomitee der Moskauer Internationale zur Verlesung, in welchem Genosse Jean Longuet als ein Agent der Bourgeoisie bezeichnet und zugleich sein Ausschluß gefordert wird. Diese Forderung wurde dann noch in einem Brief von Clara Zetkin, den diese im Auftrag der dritten Internationale an den Kongreß richtete, und nachmittags auch durch ihre persönliche Ansprache unterstrichen. Merkwürdigerweise ignorierte aber Frossard in seiner mehrstündigen Rede all diese offiziellen Kundgebungen der Moskauer Internationale und erklärte sich gegen jeden Ausschluß. Wenn der Kongreß den Ausschluß von Jean Longuet beschließen würde, so würde er mit Longuet gehen. Im übrigen beschwört er Longuet in leidenschaftlichen Worten, die Partei nicht zu verlassen; es liege für ihn kein Grund vor, und außerdem brauchten die beiden Gruppen einander in ihrem Kampfe. Hierauf hatte aber schon Lebas, der vor Frossard im Auftrag der Longuet-Gruppe sprach, die Antwort vorweggenommen, denn Lebas hatte erklärt, daß sie auch keinen Ausschluß der Rechten duldeten. Es wäre falsch, diese als Reformisten zu bezeichnen. In der französischen Partei gebe es keine Reformisten, und die Haltung der Genossen der Rechten im Parlament unterscheide sich doch in nichts von der Haltung der Linken.

Im übrigen sprach Frossard manches, bei dem er die Zustimmung des gesamten Kongresses fand. So meinte er, daß man die Revolution heute nicht mehr mit Barrikaden oder Gewehren mache, sondern daß sie erfolge, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. In Rußland, Deutschland und Oesterreich sei die Revolution nur möglich gewesen, weil der Bourgeoisie in jenen Tagen die Macht von selbst entglitt. Für Frankreich gelten gleiche Gesetze. Darüber, **daß die Bauern, die sich für Moskau erklärt haben, nicht als Kommunisten anzusprechen sind, täusche er sich nicht.** Die Diktatur des Proletariats dürfe nur ein vorübergehender Zustand sein und der Festigung der Herrschaft des Proletariats dienen. Die Diktatur müsse unpersönlich sein. Eine Arbeiterschaft mit dem das die Franzosen beseelende Temperament lasse sich nicht leicht von einem Diktator oder einer kleinen Gruppe von Diktatoren kommandieren. Die Diktatur könne nur durch die Arbeiterschaft selbst ausgeübt werden. Ausdrücklich tritt Frossard auch jenen entgegen, die in seinen eigenen Reihen die Aktion nicht schnell genug entfesseln zu können glauben, und gegenüber Moskau betont er, daß sich die französische Partei den Zeitpunkt ihres Handelns immer selbst vorbehalte.

Dann behandelt Frossard ausführlich die Rechte der Minderheit. Diese sollen respektiert und festgelegt werden. Mehrheiten und Minderheiten sind wechselbar, und eine Bewegung, die eine Klassenbewegung sein soll, dürfe nicht solchen Zufälligkeiten und Willkürlichkeiten ausgeliefert sein.

Nach Frossard ergreift Genosse Jean Longuet das Wort. Er bedauert, daß Frossard nicht auf das Telegramm und auf die Erklärungen von Clara Zetkin eingegangen sei. Moskau verlange den Ausschluß, und wer diesen nicht wolle, der müßte sich von Moskau lossagen und dürfe sich nicht der Illusion hingeben, morgen den Geist Moskaus ändern zu können. Wie wenig das gelingen wird, das müßten die Vorgänge in der italienischen und der schweizerischen Partei zur Genüge lehren. Jean Longuet geht auf diese Parteien näher ein und zeichnet dann auch ein Bild der andern sozialistischen Parteien. Ueberall wirke der Geist Moskaus zersetzend für das Proletariat und lebenspendend für die Bourgeoisie. Den erschütterndsten Beweis hierfür würde Deutschland liefern. Dort habe sich die U. S. P. innerhalb kurzer Zeit zu einer revolutionären Massenpartei entwickelt, welche die bedrohlichste Gefahr für die Bourgeoisie darstellte. **Dann kam Sinowjew mit Erlaubnis der Regierung nach Halle und zertrümmerte eben zur Freude dieser Regierung die einzige machtvolle Partei.** Seit Halle ist die Bourgeoisie und die Reaktion in Deutschland kühner wie je, und die so hoffnungsvolle deutsche sozialistische Bewegung ist so auf Jahre zurückgeworfen.

Cachin und Frossard wirft Longuet vor, ihre Aufgabe nicht in dem Sinne ausgeführt zu haben, in dem sie ihnen anvertraut worden ist. Der Kongreß von Straßburg hatte sie nicht beauftragt, ein russisch-französisches Bündnis zu schließen, sondern die Möglichkeiten und die Wege zu einer neuen Sammlung des gesamten Proletariats zu untersuchen. Was heute um Moskau gruppiert ist, das sind lauter Gruppen und Grüppchen, und daran ändere auch die neue deutsche Sektion nichts, die kaum lebensfähig sei. Wir wollen mit dem Weltproletariat gehen. Das ist in Moskau nicht vertreten.

Infolge Erschöpfung bittet Longuet, seine Rede unterbrechen und das Schlußwort auf den nächsten Tag verschieben zu dürfen. Longuets Rede, die namentlich von der Linken öfter unterbrochen worden ist, wobei diese sogar einmal den Kongreß zu verlassen drohte, wird von der Mitte und der Rechten mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Nachklänge — Der Moskauer Befehl

Das von Moskau an den Parteitag in Tours gesandte, von Lenin, Trotzky und Sinowjew unterzeichnete Telegramm, über dessen Wirkung auf dem Kongreß wir bereits berichtet haben, hatte folgenden Wortlaut:

„Werte Genossen! Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale verfolgt mit außerordentlichem Interesse die Arbeiten Ihres Kongresses, der zweifellos einen bedeutenden Platz in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung einnehmen wird.

Wir haben den Entwurf einer Resolution gelesen, der die Unterschriften der Genossen Loriot, Monatte, Souvarine, Cachin, Frossard und anderer trägt.

Mit Ausnahme einiger Punkte (Stellung der Partei) können wir uns mit dieser Resolution einverstanden erklären.

Wir haben dann den Entwurf einer Resolution mit den Unterschriften von Longuet, Paul Faure und andere gelesen. Diese Resolution ist von einem reformistischen Geist und kleinlicher, tadelsüchtiger Diplomatie durchsetzt.

Die vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale angenommenen Thesen lassen gewiß Ausnahmen zugunsten **von Reformisten zu, welche sich von nun an den Entscheidungen der Kommunistischen Internationale unterwerfen und auf ihren früheren Opportunismus verzichten.**

Die von Paul Faure und Longuet unterzeichnete Resolution zeigt, daß Longuet und seine Gruppe absolut keine Neigung haben, unter den Reformisten eine Ausnahme zu bilden. Sie waren und sie sind die Agenten, die bestimmt sind, den bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat auszuüben. Was das Bemerkenswerteste an ihrer Resolution ist, ist weniger das, was sie enthält, als das, was sie verschweigt: von der Weltrevolution, der Diktatur des Proletariats, dem Rätesystem sprechen die Longuet und seine Freunde kein einziges Wort, oder sie äußern sich darüber nur in den banalsten Zweideutigkeiten.

Die Kommunistische Internationale kann mit den Verfassern solcher Resolutionen nichts gemein haben. Den schlimmsten Dienst, den man unter den augenblicklichen Verhältnissen dem französischen Proletariat erweisen kann, ist irgendein nebelhaftes Kompromiß, das in der Folge nur zur Vernichtung Ihrer Partei führen müßte.

Wir sind tief überzeugt, geehrte Genossen, daß die Mehrheit der Arbeiter, welche sich in Frankreich Rechenschaft geben, kein derartiges verderbliches Kompromiß mit den Reformisten zulassen wird und daß sie endlich in Tours die wahre, kommunistische, einige und mächtige Partei schaffen werden, die frei von allen Reformisten und Halbreformisten ist. In diesem Sinne begrüßen wir Ihren Kongreß und wünschen ihm Erfolg. Es lebe die Kommunistische Partei Frankreichs, es lebe das französische Proletariat!"

Damit war der Befehl zum Ausschluß der Genossen Longuet, Paul Faure und ihrer Freunde gegeben. Nur wer sich in geistigem Eunuchentum willenlos den Moskauer Anordnungen „unterwirft", wie es in dem Schreiben heißt, kann in den kommunistischen Reihen geduldet werden. Die genaue Befolgung des Befehls durch die französischen Kommunisten hatte denn auch die Spaltung der französischen Bewegung zur Folge.

Festnahme unseres Sonderberichterstatters in Tours

Der vom Unabhängigen Zeitungsdienst zum Kongreß der französischen Partei nach Tours entsandte Sonderberichterstatter ist am vergangenen Donnerstag auf Veranlassung der Präfektur von Tours mehrere Stunden festgehalten worden. Zu einem Kreuzverhör wollte man von ihm nähere Mitteilungen über Klara Zetkin erzwingen. Erst auf Intervention des Genossen Leon Blum, Deputierter des Seine-Departements, ist unser Genosse wieder freigelassen worden. Offenbar bestand die Absicht, ihn zwangsweise abzuschieben. Bei Ueberschreiten der französischen Grenze wurde unser Genosse nochmals von der Grenzpolizei festgehalten und von neuem in ein Verhör genommen. Nach Durchsuchung seines Gepäcks konnte er jedoch seine Reise fortsetzen.

Die Polizei hatte für den Kongreß in Tours überhaupt weitgehende polizeitliche Maßnahmen getroffen. So war ein großes Korps von Geheimpolizisten nach Tours entsandt worden, das auf die einzelnen Hotels, in denen Delegierte Wohnung nahmen, verteilt war.

Woher kommt die Opposition auf dem Moskauer Kongreß?

Von **A. Abramowitsch.**

Dem deutschen Durchschnittsleser ist sicherlich die verschwindend kleine Zahl der Opposition auf dem Rätekongreß aufgefallen; den besser unterrichteten Parteigenossen dürfte es dagegen überraschen, daß auf dem Kongreß überhaupt eine Opposition erschienen und sogar zu Worte kommen konnte.

Um die beiden erwähnten Erscheinungen erklärlich zu machen, müssen einige Worte über den Mechanismus der Kongreßwahlen gesagt werden.

Die Kongreß-Delegierten gehen nicht aus direkten Wahlen durch die Urwähler hervor, sondern werden von den entsprechenden großen lokalen Sowjets bzw. von Gouvernements-Kongressen entsandt. Die letzteren aber bestehen aus Delegierten der einzelnen Bezirkssowjets oder vielmehr der Exekutivkomitees der letzteren. Das bedeutet, daß die Entsendung der Delegierten zum Allrussischen Kongreß durch mehrstufige (3 bis 5-stufige) Wahlen geschieht. Je mehr Stufen bei einer Wahl, desto mehr Gelegenheit für die Regierung, die Delegierten zu „sieben". Und da die Kommunisten in allen lokalen Sowjets die erdrückende Mehrheit haben und den Proporz bei Wahlen grundsätzlich ablehnen, so ist es von vornherein völlig ausgeschlossen, daß irgendwo jemand delegiert wird, den die Kommunisten nicht zulassen wollen. (Mit welchen Mitteln diese kommunistische Majorität in den Sowjets erzielt wurde, ist eine Frage für sich, auf die hier nicht eingegangen werden soll.)

Was die 101 „Parteilose" und den 1 „Bundist" auf dem Moskauer Kongreß anbelangt, so sind sie natürlich auch von den Kommunisten entsandt worden. Der „Bundist" ist der Vertreter des kommunistischen Teiles des „Bundes" nach der Spaltung (der zweite Teil, des soz.-dem. „Bundes" ist in der Menschewistischen Partei verblieben). Und was die „Parteilosen" anbetrifft, so sind sie wenn auch keine Mitglieder der Kommunistischen Partei, so doch „Sympathisierende", die gründlich auf ihre „Zuverlässigkeit" geprüft sind. Nun ist es aber für die Bolschewisten in vielen Beziehungen unbequem, ganz ohne Opposition vor Europa dazustehen. Infolgedessen haben sie sich noch im Vorjahre, zur Zeit des 7. Kongresses entschlossen, zum Kongreß als Gäste, d. h. mit beratender Stimme, Vertreter derjenigen revolutionär-sozialistischen Parteien einzuladen, „die sich an der Verteidigung der Sowjetrepublik gegen die Konterrevolution beteiligt haben". Als solche wurden im Vorjahre die Menschewisten, der linke Flügel der sozial-revolutionären Partei, die Maximalisten, der damals noch nicht gespaltene „Bund" und mehrere kleinere politische Gruppen anerkannt.

Was die menschewistische Partei anbelangt, so hat sie im Dezember vorigen Jahres beschlossen, die Einladung zum 7. Kongreß anzunehmen, ohne sich um die Absichten der Bolschewisten zu kümmern. Die Partei wollte die seltene Gelegenheit, ihre Ansichten von der Tribüne des Kongresses kundzugeben, nicht ungenützt vorübergehen lassen. Auch alle anderen Parteien und Gruppen stellten sich auf denselben Standpunkt.

Nun ist auch diesmal eine ähnliche Einladung, unter anderem auch an die sozialdemokratische Partei, ergangen, und nur aus diesem Grunde erklärt sich das plötzliche Auftauchen der 4 Menschewiki, mit dem Genossen Dan an der Spitze, mit „beratender" Stimme auf dem Kongreß. Also auch diesmal ist die menschewistische Partei offiziell als solche anerkannt worden, die „sich an der Verteidigung der Sowjetrepublik gegen die Konterrevolution (d. h. gegen Wrangel, Polen u. dgl.) beteiligt hat". Das hinderte natürlich Lenin nicht, in seiner Rede auf dem Kongreß unsere Genossen als „Helfershelfer der Feinde der Sowjetrepublik" hinzustellen. Woraus jeder sofort ersehen kann, wie derartige Vorwürfe zu werten sind.

Ein Bekehrter

In Chemnitz ist der Orgesch und dem Bürgerbund ein großes Unglück passiert. Ein Hauptagitator, der außerdem noch Angestellter der deutschnationalen Volkspartei war, hat der Gesellschaft den Rücken gekehrt und gibt seine Gründe dafür in einem offenen Brief in der „Chemnitzer Volksstimme" bekannt:

„Aus Furcht, daß meine Tätigkeit als Führer der Chemnitzer Orgesch der Partei angehängt werden könnte, wurde ich von der Deutschnationalen Volkspartei unter nichtigem Vorwand entlassen, trotzdem ich der Orgesch schon vorher — wegen bürgerrätlicher Flaumacherei — den Rücken gewandt hatte . . . Da wurde es mir klar, **daß es in Deutschland kaum etwas Feigeres und Verächtlicheres geben kann als die „nationalgesinnte Bürgerschaft" und daß die beständig im Munde geführte Vaterlandsliebe nicht anderes ist als ein Deckmantel der Selbstsucht, ein Schutzwall für Ihre Kassenschränke.** Da nahm ich den Kampf gegen Sie auf und gedenke ihn so scharf zu führen, als nur möglich. Vernichtung predige ich nur gegen Ihre ganze Richtung, um auf den Trümmern Ihrer das Gebäude einer neuen und weniger „anständigen" Weltordnung mit aufbauen zu helfen."

Der abtrünnig Gewordene ist seit einigen Wochen krank und kann das Haus nicht verlassen. Die Orgeschmänner überhäufen ihn mit Briefen, in denen es heißt, daß er **nicht mehr lange leben werde, sobald er sich auf der Straße sehen lassen werde.** Der Mut zum Meuchelmord sieht den Orgeschlenten gut an. Sie haben ja nichts zu verlieren, nachdem bisher alle derartigen Verbrechen entweder grundsätzlich mit einem Freispruch endeten oder überhaupt nicht einer richterlichen Untersuchung für wert befunden wurden.

Sklarz contra „Tiger"

Vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte gelangte am Montag eine Beleidigungsklage des Kaufmanns Heinrich Sklarz gegen den früheren Redakteur des „Ulk", Dr. Tucholsky, zur Verhandlung. Letzterer hatte im vergangenen Jahr in einem im „Ulk" erschienenen Gedicht mit der Ueberschrift „Philosophie" unter dem Pseudonym „Theobald Tiger" folgenden Reim gebracht:

Es klebt die Connexion wie Harz
(Es reimt sich hierauf Brüder Sklarz),

sowie in einer „Rechts und Links" überschriebenen Satire die Zeilen

Barnath, Parvus, Sklarz Gebrüder,
Ei, man ist so brav und bäder.

Wegen dieser beiden Verse hatte Heinrich Sklarz Klage erhoben. In der Verhandlung wies Dr. Tucholsky darauf hin, daß er lediglich eine politische Satire über die in der damaligen Zeit vielgenannten Brüder Sklarz geschrieben habe, ohne im speziellen einen bestimmten Sklarz mit einem Vorwurf zu treffen. Die Verteidiger Rechtsanwälte Dr. Cohn und Rübell nahmen für den Beklagten den Schutz des § 193 in Anspruch, gleichzeitig betonten sie, daß die beanstandeten Ausdrücke überhaupt keine Beleidigung des Privatklägers enthielten. Vor Verkündung des Urteils gab dann Heinrich Sklarz die Erklärung ab, daß er auf Grund der Darlegungen Dr. Tucholskys sich überzeugt habe, daß es sich in den beiden zur Anklage stehenden Gedichten nicht um eine Beleidigung seiner Person, sondern um politische Satiren handele und daß darin Vorwürfe tatsächlicher Natur, insbesondere der politischen Korruption nicht gemacht werden sollten. Daraufhin nahm Heinrich Sklarz seine Klage zurück, da er die Freiheit der Presse nicht beschränken wolle. Das Verfahren wurde auf Kosten des Privatklägers eingestellt.

Sie spotten ihrer selbst

Uns wird geschrieben:

Bei der Spaltung unserer Partei sind eine ganze Reihe Mitglieder zur kommunistischen Partei gegangen, weil sie glaubten, auf diese Weise der Revolution besser dienen zu können. Diese Genossen haben schon manche Enttäuschung erleben müssen. Durch die Maßnahmen der kommunistischen Parteileitung bei der Demonstration am letzten Sonntag sind viele von ihnen aber direkt abgestoßen worden. Die K. P. D. benutzte nicht die Gelegenheit, den Protest der revolutionären Arbeiter Deutschlands gegen das weiße Ungarn zu verstärken, sondern sie bestätigte ihren revolutionären Elan in erster Linie gegen die Klassengenossen, die mit einem anderen Mitgliedsbuch ausgerüstet waren. Dieses Treiben fand allgemeine Verurteilung. Nicht wenige Angehörige der K. P. D. wandten sich angewidert von diesem verbrecherischen Handeln kopfschüttelnd ab.

Die Vorgänge am Sonntag gestatten auch einen Ausblick auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf. Von einigen Kommunisten wurde offen zugegeben, daß man beabsichtige, auch die öffentlichen Versammlungen unserer Partei ebenso zum Tummelplatze der komunistischen Phraseure zu machen. Wir wissen nun aus Erfahrung, daß die Kommunisten sich scheuen, den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien aufzunehmen; da überlassen sie lieber uns das Feld. Leistungsfähig sind sie nur, wenn es gilt, das Proletariat durch Zerreißung zu schädigen. Unsere Genossen haben aber gerade aus den Vorgängen am Sonntag gelernt, daß Duldsamkeit nicht mehr am Platze ist. Wir können nicht warten, bis die Kommunisten zur besseren Einsicht kommen. Unser Kampf wird gegen Rechts geführt. Hindert uns die Linke daran, so wird sie uns gewappnet finden.

Unlautere Konkurrenzmanöver

Ueber die Demonstration der U. S. P. D. gegen das Schreckensregiment in Horthy-Ungarn schreibt die „Rote Fahne": „Unsere Partei hatte gestern das Proletariat Berlins nach dem Lustgarten zur Protestdemonstration gegen den weißen Schrecken in Ungarn aufgerufen. Zu gleicher Zeit demonstrierte dortselbst die U. S. P. D. zu demselben Zweck. Als ihre einzelnen nicht sehr umfangreichen Züge anrückten, waren die unserem Ruf gefolgten Massen längst zur Stelle und immer noch zogen neue Scharen mit roten Fahnen heran . . . Diese Demonstration hat wieder einmal gezeigt, daß die V. K. P. D. immer mehr zur Führerin des revolutionären Proletariats wird, und zwar in dem Maße, wie die U. S. P. und S. P. D. mehr und mehr in kleinbürgerliche Nörgelei verfallen, ohne ein klares politisches Kampfziel."

Tatsache ist, daß nicht die K. P. D., sondern die U. S. P. zur Demonstration gegen den weißen Schrecken in Ungarn aufgerufen hatte und daß die K. P. D., die aus eigener Initiative keine Demonstration auf die Beine bringen konnte, die Gelegenheit wahrnahm, um in echt kleinbürgerlicher Nörgelei aus einer Sache, die das gesamte Proletariat anging, eine Parteifrage zu machen. Wie der Verlauf der Demonstration gezeigt hat, ist die K. P. D. dabei nicht auf ihre Kosten gekommen. Wenn sie die einzelnen widerwärtigen Zusammenstöße aber als Erfolg auf ihre Seite buchen will, so ist das eine Geschmackssache, über die wir nicht mit ihr streiten wollen.

INVENTUR-VERKAUF

Restbestände und andere Gelegenheitsposten

kommen in fast allen Abteilungen

ganz enorm billig zum Verkauf

Oberhemden 54⁰⁰
farbig, mit Manschetten

Herrenkragen 4⁵⁰
steif, moderne Formen, mit kleinen Fehlern

Krawatten 10⁷⁵ 16⁵⁰
breite Binder

Hosenträger 9⁵⁰
kräftiger Gummigurt

Herrenhüte 18⁵⁰ 36⁵⁰
Wolle, weich

Damenregenhüte 4⁵⁰
verschiedene Farben

Restposten
Damen- und Herren-Handschuhe
Serie I 7⁹⁰ Serie II 9⁷⁵ Serie III 12⁷⁵

Ein Restposten
Lederhandschuhe 19⁷⁵
für Damen, schwarz und weiss

Ein Restposten
Lederhandschuhe 39⁷⁵
für Damen, farbig

Ein Restposten Herren-
Lederhandschuhe 49⁷⁵

Leibhöschen 5⁹⁰
grau Trikot, verschiedene Grössen

Sweaters für Kinder 10⁵⁰ Grösse 45–50 15⁰⁰
Baumwolle, farbig.....Grösse 35–40

Schlupfhöschen 22⁵⁰
für Damen, Baumwolle, farbig, alle Grössen

Herren-Beinkleider 9⁷⁵
Baumwolle, grau Trikot, alle Grössen

Herren-Hemden Serie I 39⁰⁰ Serie II 48⁰⁰
wollgemischt und makofarbig, alle Grössen

Beinkleider Serie I 32⁵⁰ Serie II 39⁰⁰
für Herren, wollgemischt und makofarbig, alle Grössen

Sakko-Anzüge
verschied. prakt. Farben, gute Ausführ.
425⁰⁰

Cutaway Rock und Weste
gute Qualität, schwarz und marengo
390⁰⁰

Beinkleider
gestreifte Stoffe, grosse Musterauswahl
88⁵⁰

Jünglings-Anzüge
Sakkoform, praktische Farbenstellung.
375⁰⁰

Reste und Abschnitte zu sehr vorteilhaften Preisen

Strümpfe
f. Damen, Baumw. gewebt, schwz., farb.
7⁷⁵ 9⁷⁵ 14⁵⁰

Strümpfe
für Damen, Flor gewebt, prima Qual.
22⁵⁰

Herrensocken
Baumwolle, gewebt und gestrickt
6⁵⁰ 8²⁵ 12⁵⁰

Söckchen
für Kinder, Baumwolle, farbig
Grösse 2–5 3²⁵ Grösse 6–9 3⁹⁰

10000 Dtzd. Papierkragen
starke, weisse Qualität, in den Weiten von 34 bis 43, in verschiedenen Formen .... Dutzend 1⁹⁵

HERMANN TIETZ

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr:
Käthchen v. Heilbronn

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr: „Amt Steinplatz 456"

Staatstheater.
Opernhaus
Madame Butterfly
Schauspielhaus
Peer Gynt

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½ Uhr: Cäsar u. Kleopatra

Kammerspiele
7½: Stella

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Danton
Geschlossene Vorstellung

An die Abonnenten!
Es wird darauf hingewiesen, daß die Aufführungsserie des 2. Abonnementsstückes am 28. Dezember 1920 beendet wurde. Die Serie des 3. Abonnementsstückes (3. Abend — „Florian Geyer") beginnt am Donnerstag, den 6. Jänner 1920 und zwar mit der 10. Abteilung. Die Reihenfolge der Abteilungen für den 3. Abend ist folgende: 10. bis 26. Abteilung, dann Abteilung 27, 29, 31, 33, hierauf Abteilung 1 bis 9.
Die Direktion.

Theater i. d.
Königgrätzer Str.
Täglich:
8 Uhr: **Salome**
(Orska, Hartau, Liechtenstein, Beibe, Faerber, Dernburg)

Komödienhaus
Täglich:
½8 U.: Die Sache mit Lola mit **Max Pallenberg**
Josefine Dora a. G., Ortrud Wagner, Picha, Haskel, Strieda, Kiper

Berliner Theater
Täglich 7 Uhr: Die spanische
Nachtigall
mit Fritzi Massary
Hans Waßmann, Julius Brandt, Emmy Sturm, Reinhold Pasch, Olga Engl.

Rose-Theater
7½ Uhr:
Ein vorsichtiger Mann

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
7 Uhr: **Peer Gynt**
Mittwoch bis Montag 7½ U.:
Flamme

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert, Trude Hesterberg)
Mittwoch und Sonnabend 3 U.: Kindervorstell.: Fitzlifitz

Neues Operettenhaus
Direktion Jean Kren
Allabendlich 7½ Uhr:
Yu-Shi tanzt
Sonntag 3½: Der Obersteiger

½8 **Casino-Theater** ½8
Der Fehltritt einer Frau
Stg. 3½ U.: Eine fidele Ehe

½8 **Folies Caprice** ½8
am Oranienburger Tor
9 Monate a dato
mit Ferd. Grünecker, Rud. Rudolf, Georg Er. Schmidt.

Königstadt-Theater
Alexanderstr. 21 Bhf. Jannowitzb.
Täglich 7.30 U.: **Gala-Sänger**

Th. am Nollendorfplatz
Täglich 7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht...
Stg. 3 U.: Drei alte Schachteln

Trianon-Theater
Abends 7½ Uhr:
Kammermusik
Lustspiel von Heinr. Ilgenstein
Carl Clewing, Eugen Burg, Olga Limburg, Hans Albers.
Mittwoch 4 Uhr, kleine Preise:
Struwwelpeter

Residenz-Theater
Abends 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
(Hansi Arnstädt, Adele Sandrock, Carola Toelle, Arnold Korff)
Mittwoch 4 Uhr, kleine Preise:
Rotkäppchen

Concordia-Palast-Theater
64 Andreasstraße 64
Filmschau: 8.45 Uhr:
Der langsame Tod
7 Uhr:
Sträflingsketten, 2. Teil
Bühnenschau: 7.15 Uhr:
Walter Formes in „Brüderlein fein!"

APOLLO
Friedrichstr. 218
Das Publikum wird gefilmt
allabendlich unter persönlicher Regie von
Leo Peukert
und weitere Attraktionen

METROPOL
VARIETÉ-KABARETT
Behrenstraße 54.
Punkt 7½ Uhr
Jubiläums (25.) Spielplan
Walter Steiner
Pirmkoff und Pirmkoffska
3 Rocels
Hermann Mestrum
Annie Alemchen
Clara Burges Co.
2 Kaufmanns
Carl Minor
Lotte Merten
Paul Coradini
Leopold Büren
Farrens
John Hamilton

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Tägl. Gr. Ball
f. d. ältere Jugend
Nur Rundtänze
Dienst.: Gratis-Verlosung
Donnerstags: Prämiierung
Anfang 6 Uhr

Prachtsäle Alt-Berlin
Blumenstr. 10, Kino-Eing.
Gr. Ball für die
modern tanzende Jugend
Dienstag: Gratis-Verlosung
Mittwoch: Walzer
Donnerstag: Preistangen
Anfang 7 Uhr

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
Donnerstag, den 6. Januar, ½8 Uhr:
Zum **75.** Male:
Die
Sache mit Lola
Schwank in 3 Akten von Rudolf Bernauer und Rudolph Schanzer
Hauptdarsteller: **Max Pallenberg**
Josefine Dora a. G. / Ortrud Wagner / Heinz Strieda / Hermann Picha / Leonhard Haskel / Herbert Kiper / Charlotte Ander / Elly Branden / Lotte Lenz

SPEZIAL-ARZT f. sämtl. Geschlechtsl., Harn-u. Blutuntersuch.
Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117 an der Lützowstraße
Behandl. auch schwerster u. veraltetster Leiden d. langjähr. bewährtes Heilverfahren. Sprechst. ½12–2, ½6–8 abends. Sonntag ½11–1. Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschlossenem Kuvert gegen Einsendung von M. 2.50 portofrei.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bezirksverein Berlin.

Achtung! **Vollversammlung** Achtung!
aller Baudelegierten für Hoch- und Tiefbau
am Mittwoch, den 5. Januar 1921, nachmittags 4 Uhr, in den **Musikersälen**, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Da die Tagesordnung äußerst wichtig und reichhaltig ist, welche in der Versammlung bekanntgegeben wird, ist das vollzählige und pünktliche Erscheinen aller Baudelegierten notwendig.

Die Bezirksvereinsleitung.

Ueber
1000 Atteste
bestät. die heilk. Wirk. v. Sanitätsrat Dr. Strahls **Haussalbe** b. Hautausschl., Flechten, Bein- u. Krampfadergeschwür., Frostschäden, Hämorrhoid., Dsgl. Dose 6.25 u. 12.00 M.
Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 191
Leipziger Straße 74 (Dönhoffpl.)

Faltenloses Gesicht
Runzeln, scharfe Züge, Krähenfüße, Stirnfalten verschwinden einzig nur nach biologischem Verfahren durch Zuführung neuer, dem natürlichen Hautfett innig verwandter Feinsubstanz des homogenen Lecithinhautnährstoffs „Creme Diana". Erfolg über Erwarten. Dose 14.50 u. 9,—. Otto Reichel, Berlin 48, SO. Eisenbahnstr. 4.

Kupfer,
Messing, Zinn,
sämtliche Altmetalle
zahle Tagespreise
Neue Hochstraße 38.
Händler Extrapreise.
Telephon: Humboldt 2779.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln.
Das Oberversicherungsamt Berlin hat den XII. Nachtrag zur Satzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Neukölln genehmigt. Diese Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 3. Januar 1921 in Kraft. Von diesem Tage an werden folgende Beiträge erhoben:

in Stufe	für jed. Arbtag.	Pf.
A	1	14
"	2	28
"	3	42
"	4	56
"	5	70
"	6	84
"	7	105
"	8	126
"	9	147
"	10	168
"	11	189
"	12	210

Neukölln, den 3. Januar 1921.
Der Kassenvorstand.
A. Heese
Vorsitzender.

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spec. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heil-Anst. „Löser", **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Spezial-Arzt Dr. Skotte für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Mannesschwäche, Syphilis-Nachweis in alten u. zweifelhaften Fällen durch Blutuntersuchung. Komb. Neu u. Silber-Salvarsan-Kuren. Separates Damenzimmer.
Dir.: A. Löser sen. Im ältesten Kur-Institut „Löser" geöff.
Nur Rosenthalerstr. 69-70 9–1, 4–8, Stg. 9–1. Rosenthaler Platz.

Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Frauenleid., Syphilis, Salvarsan-Kuren
Blutuntersuchung, Mannesschwäche. Damen separat.
Dr. med Lammers Ambulatorium, 10–1, 4–7½, Sonntags 10–12
Brunnenstr. 185 (zwisch. Rosenthaler Platz und Invalidenstraße).

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang v. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 10621

Alte Gebisse
auch einzelne Zähne Stück 6–200 Mark.
Kupfer Messing Blei und Zink
Platin, Gold-, Silberbruch und Quecksilber kauft zu Tagespreisen
Scharf & Schmidt, Elsasser Str. 78 Ecke Ackerstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmied
Gustav Powolkski
Wiesenstr. 37, am 1. d. Mts. gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 6. Januar, vorm. 10 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind:
Der Schlosser
Ludwig Becker
Greifswalder Straße 163, am 18. v. Mts.
Der Drücker
Karl Sanert
Demminer Straße 23, am 27. v. Mts.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 6. Januar 1921, abends 7 Uhr,
Versammlung
aller Schmiede der Innungs- u. Fuhrbetriebe sowie der Metallarbeiter der Brauereien
in Beckers Festsälen, Weberstraße 17.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Generalversammlung.
2. Neuwahl von Delegierten.
3. Gruppenangelegenheiten der Innungsschmiede.

Am Mittwoch, den 5. Januar 1921, abends 5 Uhr, bei Wegner, Seydelstr. 30,
Versammlung
aller Schreibmaschinen-Mechaniker.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern.
2. Annahme oder Ablehnung.
3. Beschlußfassung über eventuellen Streik.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

*Geschlechts-*kranke fanden, wenn alles andere versagte, nachweisbar noch Hilfe im **Natura-Institut** (ärztliche Leitung), Blücherplatz 3. (Hallesch. Tor) 10–1, 4–8, Sonnt. 11–1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für M. 2.60 im verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Behandlg. schnell, sicher u. schmerzlos in Dr. Hamegger & Co. konz. Labor. Blutunters. Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81 gegenüber Passage.
Spr. 10–1, ½6–8, Sonnt. 10–1. Teilzahl. Separ. Damenz.

Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Niemetzstraße 10.

KON LINON

Die gute
MASSARY
Zigarette
urteilen Sie selbst!

MASSARY
BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!

Groß-Berlin

Kommunalpolitik nach kommunistischem Rezept

Daß es den Kommunisten nicht um sachliche Mitarbeit in der Gemeinde zu tun ist, haben sie in letzter Zeit nachgerade bewiesen. Jetzt haben sie in der letzten Bezirksversammlung Hallesches Tor ein neues Bravourstückchen geleistet. Obwohl erst am Donnerstag, dem Tage vorher, die Stadtverordnetenversammlung über die Fortführung der Notstandsarbeiten, acht Tage vorher über die Zuwendungen von Mitteln zur Unterstützung an Arbeitslose verhandelt hatte, brachten sie in der Freitagssitzung der Bezirksversammlung neue Dringlichkeitsanträge ein, die dieselbe Materie betrafen, obwohl sie ganz genau wissen, daß die Bezirksversammlung mit diesen Anträgen gar nichts anfangen kann, da noch nicht einmal das Bezirksamt gebildet ist. Das sieht aber die Kommunisten nicht weiter an. Die Hauptsache ist, wenn es etwas Krach gibt. Zu diesem Zwecke hatten sie Arbeitslose nach der Bezirksversammlung bestellt, die den Kommunisten die nötige „Unterstützung“ zuteil werden lassen sollten.

Trotzdem die Sitzungen erst um 5 Uhr beginnen, hatte die „Rote Fahne“ schon zu 4 Uhr eingeladen und war auch der Zuhörerraum zu dieser Zeit schon sehr gut besucht.

Bei Beginn der Verhandlungen machten sich sofort einige Zuhörer recht unliebsam bemerkbar. Als von bürgerlicher Seite zu den kommunistischen Anträgen Uebergang zur Tagesordnung beantragt wurde (mit dem Hinweis, daß diese Anträge bereits in der Stadtverordnetenversammlung erledigt wären), setzte sofort ein großer Krakehl ein.

Vergeblich ermahnte der Vorsteher, Genosse Kraatz, um Ruhe. Ihm wurde zugerufen: „Hast Du ooch schon wat zu sagen?“

Als der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen wurde, erhob sich ein furchtbarer Tumult.

Die bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen und ein Teil der Rechtssozialisten für den Antrag. Unsere Genossen konnten durch den Skandal nicht feststellen, wie abgestimmt wurde und sie enthielten sich der Stimme, wodurch jedoch am Abstimmungsresultat nichts geändert wurde. Dieses schlug dem Faß den Boden aus. Ein Teil der Zuhörer drang bis zu den Sitzen der Bezirksverordneten vor, um handgreiflich zu werden; jedoch war die Feigheit bei den Vertretern der direkten Aktion größer, als die Handlung, denn als der Vorsteher von der Unmöglichkeit der Weiterverhandlung überzeugt, die Sitzung schloß, zogen sich die Radaubrüder mit Stöcken und Fäusten drohend und schimpfend zurück, um noch Umwerfen von Bänken den Saal zu verlassen. Vorher hatte Gen. Stadtr. Weise mit mehreren Genossen vergeblich versucht, die erregten Zuhörer zu beruhigen, jedoch wurde Weise auf das Gemeinste beschimpft. Während des ganzen Krakehls sahen die 5 kommunistischen Bezirksverordneten lächelnd den Taten ihrer Anhänger zu.

Unser alter Genosse Zubeil wurde mit Ausdrücken wie „alter Arbeiterverräter“, Lump und Strolch belegt, er mußte sich schleunigst drücken, um Tätlichkeiten zu entgehen.

Zwei andere Genossen wurden auf dem Heimwege von einer Horde Rowdies überfallen. Man schlug in einer dunklen Seitengasse auf unsere Genossen ein und versuchte sie zu Fall zu bringen; jedoch hierbei haben einige Angreifer einen Denkzettel erhalten. Der Uebermacht wegen mußten sich unsere Genossen schleunigst zurückziehen und in der beleuchteten Blücherstraße zerstreuten sich die Jünger der Propaganda der Tat. Und das nennen die Kommunisten sozialistische Arbeit in der Gemeinde.

Nationalistischer Radauhumor

Die „Zwölf-Uhr-Mittagszeitung“ meldet:

„In einem großen Vergnügungspalast des Westens kam es vor einigen Tagen zu Ruhestörungen. Ein Teil des Publikums fühlte sich durch die Ausführungen des Humoristen in seinen republikanischen Empfindungen verletzt. Auch die im Saale anwesenden Ausländer, die nicht gerade gut bei der Sache fortkamen, gaben ihrer Empörung Ausdruck. Als schließlich von der Galerie herunter der Ruf „Hoch Liebknecht“ ertönte, spitzte sich die Lage bedenklich zu. Rufe wie: Raus, raus, haut ihn, Lump! usw. durchschwirrten die Luft, und es war nicht genau zu unterscheiden, ob sie dem als Weihnachtsmann verkleideten Humoristen oder dem für Kommunismus oder Republik oder Monarchie Stellungnehmenden galten.“

Dieser Vorfall ist keineswegs eine Ausnahme, sondern ein Schulbeispiel für eine typische Erscheinung. Es erweckt geradezu den Anschein, als hätte die deutschnationale Bewegung sich die Humoristen als Agitatoren verpflichtet, die allerdings meist in wenig geistreicher Weise für ihren „Humor“ nationalistische Motive benutzen. Daß diese Leute trotzdem beifallsfreudiges Publikum finden, wirft ein recht bezeichnendes Licht auf die politische Urteilsfähigkeit des deutschen Bürgertums. Eine ebensolche Geschmacklosigkeit ist es aber, in dieser Umgebung den Namen Liebknechts zu nennen, der viel zu schade ist, um etwa als Gegengift gegen derartige nationalistische Demonstrationen benutzt zu werden.

Der Raubmord in der Krausnickstraße. Die Leiche des ermordeten Kaufmanns Moritz Henschke aus der Krausnickstr. 23 wurde gestern nachmittag von den Gerichtsärzten Prof. Dr. Strauch und Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Straßmann obduziert. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß der Tod des Mannes durch Erdrosselung, hervorgerufen durch die Knebelung, eingetreten ist. Die Verletzung am Hinterkopf, die nicht tödlich war, rührt von einem ziemlich wuchtigen Schlag mit einem stumpfen Instrument her. Der unter dem dringenden Verdacht, an dem Verbrechen beteiligt gewesen zu sein, verhaftete Chauffeur Blöß bleibt bei seinen weiteren Vernehmungen dabei, daß er die Tat nicht ausgeführt habe. Er gibt jetzt sogar auch zu, daß es sein Hut sei, der am Tatort gefunden worden ist, doch habe er ihn seinem Freunde aus Gelsenkirchen geliehen. Dieser, ein 19 Jahre alter Herbert Bruchmann, ist inzwischen nach Gelsenkirchen abgereist. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden, um auch seiner habhaft zu werden. Blöß hat auch für die fragliche Zeit, in der das Verbrechen ausgeführt worden ist, einen Alibibeweis aufgestellt, der zurzeit noch eingehend nachgeprüft wird. Was dem Kaufmann an barem Gelde geraubt worden ist, steht immer noch nicht fest, da selbst sein Schwager über die Geldsumme, die er bei sich zu tragen pflegte, nicht unterrichtet war. Jedenfalls aber hatte er immer sehr hohe Beträge bei sich. Wie weiter ermittelt werden konnte, ist er von zwei Männern vor einiger Zeit bereits einmal ausgeplündert worden. Diese hatten sich an ihn herangemacht und ihn zum Spiel verleitet. Dieses wurde zuerst in einem Lokal begonnen und dann in der Wohnung Henschkes fortgesetzt. Dabei haben ihn die beiden Männer, die es verstanden, ihrem Glück nachzuhelfen, um nicht weniger als 120 000 M. erleichtert.

Raubüberfälle. Die Köchin Bertha Stroht wurde nachts auf dem Heimwege in der Schaperstraße nahe dem Nürnberger Platz von einem Manne überfallen und ihrer Handtasche beraubt. Der Täter wurde auf der Polizeiwache als der Gelegenheitsarbeiter Karl Winterscheidt festgestellt. — Der Postraub in Kaulsdorf hat seine teilweise Aufklärung gefunden. Gestern gelang es, den 16jährigen Arbeiter Willy Kirschkowski in der Müncheberger Straße festzunehmen. — In später Nachtstunde betraten noch zwei Männer das Lokal von Weimann im Hause Jagowstr. 5. Als sie sahen, daß kein Gast mehr anwesend war, fielen sie sofort über Weimann her und versuchten, ihn zu berauben. Der Wirt setzte sich zur Wehr. Die beiden Angreifer wurden verhaftet.

Gasvergiftungen durch Unachtsamkeit. Der Kassenbote Hermann Grunow wurde morgens in seinem abgemieteten Zimmer im Hause Anklamer Straße 34 tot aufgefunden. Er hatte den Hahn seiner Gaslampe nicht völlig geschlossen, so daß Gas ausströmen und ihn töten konnte. — Ebenfalls infolge Unachtsamkeit erlitten die beiden Kinder der Witwe Petereit in Friedenau, Kirchstr. 5, eine Gasvergiftung. Sie wurden noch rechtzeitig aufgefunden und konnten gerettet werden.

Ein schweres Nervenleiden hat den 30jährigen Ingenieur Fritz Feilchenfeld aus Oberschöneweide in den Tod getrieben. Gestern wurde seine Leiche aus der Spree am Kiehnwerder in der Nähe des Rehgeheges in Treptow gelandet und nach der Leichenhalle in der Kiefholzstraße geschafft.

Kindesmord? In der Suermondtstraße in Hohenschönhausen fand ein Arbeiter, in einem Gebüsch versteckt, die Leiche eines etwa acht Tage alten Mädchens. Der Tod des Kindes war allem Anschein nach durch Ersticken herbeigeführt worden.

Gestohlen wurde am Freitag abends zwischen 5 bis 6 Uhr bei Tietz, Warenhaus, Frankfurter Allee, meine Brieftasche. Wahlvereinsausweis U. S. P. D., Mitgliedsbuch vom Metallarbeiterverband Nr. 67 728 und Militärpaß. Hermann Lubrich, Berlin, Memerlerstr. 20.

Zeugen gesucht! Moabiter Genossen, die am 31. Mai in einer Wahlversammlung des Deutschen Volksparteilers Professor Kahl zugegen waren, als der Genosse Riebeling mit dem Redner des Abends abrechnete, wollen umgehend ihre Adresse an den Genossen Riebeling, Pritzwalker Straße 1, Telephon Hansa 916, angeben.

Milchbelieferung. Am 4., 5. und 6. d. M. werden die ¼- und ½-Liter-Krankenkarten voll mit Milch beliefert.

Ein schönes Beispiel sozialen Empfindens, menschlichen Verstehens gaben die kaufmännischen und gewerblichen Angestellten der Reichstreuhandgesellschaft A.-G., indem sie den reichen Ertrag einer Sammlung zur Bescherung notleidender Kinder von Strafgefangenen verwandten und damit auch einen Strahl von Freude in die Herzen der bedauernswerten Mütter gelangen ließen, deren Männer und Ernährer vielfach nicht allein der eigenen Schuld ihre Strafe zu verdanken haben.

6. Verwaltungsbezirk (Hall. Tor). Mittwoch, 6—7 Uhr, Fraktionssitzung Böckhstr. 9-10, im Klassenzimmer. Pünktliches Erscheinen aller Bezirks- und Stadtverordneten dringend notwendig. Am selben Abend, 7—10 Uhr, in der Aula Böckhstr. 9-10 gemeinsame Sitzung der Kommunalen Kommission mit der Bezirksamts-Fraktion.

29. Verwaltungsbezirk. Donnerstag, abends 6½ Uhr, im Sitzungssaal Rathaus, Reinickendorf, Sitzung der kommunalen Kommissionen sämtlicher Ortschaften des 29. Verwaltungsbezirkes.

Verwaltungsbezirk 9 (Wilmersdorf). Mittwoch, 5. Januar, abends 7 Uhr, bei Schilling, Fraktionssitzung mit dem engeren Vorstand.

Gewerkschaftliches

Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes

Versammlung am Freitag, den 7. Januar, abends 7 Uhr, im blauen Saal der Berliner Vereins- und Konzerthallen, Kommandantenstr. 58/59. Tagesordnung: Unsere Stellungnahme zur Jahresgeneralversammlung am 11. Januar.

Es ist unbedingte Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

Gewerkschaftsbuch und Parteibuch legitimieren.

Mit uns sympathisierende Kollegen und Kolleginnen können eingeführt werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D.
Die Geschäftsleitung. J. A.: Fritz Schneider.

Mitglieder des graphischen Hilfsarbeiterverbandes

Die innerhalb unserer Organisation bestehende Propagandakommission zur Förderung des Rätesystems hat durch die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses ihre Bedeutung in diesem Sinne verloren. Sie erblickt ihre Aufgabe jetzt lediglich darin, ihre kommunistischen Methoden nach Moskauer Grundsätzen, d. h. Sprengung der Gewerkschaften usw., zu propagieren.

Wir fordern deshalb alle unsere Genossinnen und Genossen auf, Sammellisten und Beiträge für obengenannte Propaganda nicht mehr zu zeichnen resp. deren Verbreitung nicht mehr zu unterstützen. Auch ist der graphische Block nicht mehr zu beziehen.

J. A. des Aktionsausschusses der U. S. P. D. im graphischen Hilfsarbeiterverband Willi Grohmann.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Durch die Urabstimmung ist die Vorlage des Verbandsbeirates (Beitragserhöhung) angenommen worden. Die neuen Beiträge treten daher vom 1. Januar 1921 ab in Kraft. Nach Beschluß der Verwaltung bleiben die alten Lokalbeiträge bestehen, bis eine evtl. Neuregelung derselben durch die außerordentliche Generalversammlung, welche am 28. Januar 1921, abends 7 Uhr, in den Berliner Vereins- und Konzertsälen, Kommandantenstraße, stattfindet, geschieht. Bis dahin gelten nachstehende Beiträge: 1. Kl. 0,70 Mk., 2. Kl. 2,10 Mk., 3. Kl. 2,70 Mk., 4. Kl. 4,20 Mk., 5. Kl. 5,00 Mk. Wir ersuchen die Mitglieder, vorläufig diese Beiträge zu entrichten, bis die Generalversammlung über die Höhe der Lokalbeiträge entschieden hat. — **Betriebsräte!** Die bisherigen Ausweiskarten müssen unverzüglich auf dem Verbandsbureau zum Umtausch gegen solche der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale eingeliefert werden. Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche Versammlung der Angestellten der Zigarettenindustrie. Mittwoch, den 5. Januar 1921, abends 7½ Uhr, findet

---

Ismer

Erzählung von Julius Levin

(11. Fortsetzung)

Sehr schnell kam eine Antwort von Marie, die einen Ansatz zu Versen gemacht, aber nicht den vollen Sprung gewagt hatte. Marie teilte noch mit, daß Friedrich, ihr Verhältnis, auch eingezogen war, zur Infanterie, bei der er früher gedient hätte, und auch nach dem Westen. Vielleicht, daß Ismer ihm an der Front begegnete. Ismer gestand sich ohne besonderes Drängen, daß er darauf keinen wesentlichen Wert legen würde.

Die Antwort Emilies ließ länger auf sich warten, war dafür aber um so herzerfrischender, nicht bloß infolge ihres Umfangs, der ja wohl an sich schon auf höhere Teilnahme schließen ließ, sondern auch infolge des darin angeschlagenen Tones.

Emilie schrieb voller Liebe.

Sie wäre stolz auf ihren Männe, der sich als Held bewährt habe. Alle Leute fragten sie nach Einzelheiten. Wohl zwanzigmal hätte sie den Brief Ismers, soweit er nicht allzu sehr für sie allein wäre, vorlesen müssen. Die ganze Krausnickstraße freute sich über ihren kühnen Bewohner, und selbst der Portier, der doch sonst der beste Bruder nicht wäre, habe lebhaft in die Hände geklatscht und gesagt: „So'ne Zicken macht der Jüngling!“ Sie selbst aber, sie, Emilie, wäre sterbens verliebt in ihren Martin mit dem Eisernen, und ihr höchster Wunsch wäre, was er sich auch wünschte. Im übrigen ginge alles gut. Man lebte einigermaßen. Nur die Einsamkeit wäre drückend. „Komme recht bald zurück, mein gutes Männe, zu deiner dich liebenden Gattin Emilie.“ Damit schloß der Text. Darunter stand noch als Nachwort: „Tausend Küsse!“

Das war einmal, was man so einen Brief nennt!

So ein liebes, gutes Geschöpf war die Emilie!

Eigentlich hatte Ismer sich das immer gedacht. Aber es war ihm noch nicht recht durchgedrungen. Das hatte aber weniger an ihm und seinem guten Willen gelegen, als an den Verhältnissen. Unter ihrem Zwange allein habe in ihm der Gedanke an Emilies Untreue aufsteigen müssen, und sie, als unschuldige Frau, habe selbstverständlich desto mehr Trotz gezeigt, je mehr der falsche Verdacht sich befestigte und eine unwürdige Behandlung nach sich zog. Wenn Ismer es recht bedachte, hatte Emilie eine Engelsgeduld an den Tag gelegt. Und so wahr er sich wünschte, heil in die Heimat zurückzukehren und mit Emilie die alten Tage zu erleben, so wahr gelobte er sich aufs neue, seiner Frau alles Gute zu vergelten, das sie ihm sonst und vor allem durch diesen Brief erwiesen hatte.

Er zeigte Emilie den Empfang ihres „gediegenen“ Briefs an und begnügte sich dabei mit einer Feldpostkarte. Zu einem Briefe hätte es gewiß mehr als gelangt. Es wäre sogar zu viel gewesen. Beim besten Willen hätte Ismer jetzt keinen wirklichen Brief zustande gebracht. Das Herz war ihm zu voll. Und wären nicht soviel Kameraden in der Nähe gewesen, so hätte er weinen mögen. Besonders wenn er ans Quartier hinter der Front dachte, das noch viel schrecklicher war als der Schützengraben, wo man doch noch etwas zu tun hatte und sich nicht so recht einreden konnte, einsam zu sein.

* * *

Der Truppenteil, dem Ismer angehörte, bekam drei Tage, nachdem Emlies Brief eingetroffen war, den Befehl, abzurücken. Es hieß, weiter südlich erwartete man eine Offensive. Der Gürtel, den die Deutschen um das französische Land gelegt hatten, begann zu pressen, und die Feinde wollten, wie es schien, den Versuch machen, ihn zu durchreißen, ehe es den Deutschen gelang, ihn zu verstärken und fester anzuziehen.

Schon als Ismers Truppenteil hinter der neuen Front angelangt war, konnte es kein Zweifel sein, daß die Sache im vollen Gange war.

Kanonendonner durchzitterte unaufhörlich die Luft, und der Fliegerkampf tobte. Das Morden, von dem Ismer bisher nur einen Bruchteil gesehen hatte, stand jetzt in seiner ganzen Fürchterlichkeit vor seinem Auge und seinem Gefühle.

Aber noch wurde er nicht ins Feuer geschickt.

Die vorgeschobenen Mannschaften genügten.

Der Zurückgebliebenen bemächtigte sich eine fieberhafte Spannung. Man sprach von starken Durchbruchsversuchen der Franzosen, die tapfer vorgingen und nichts unversucht ließen, ihr Land zu befreien, und mit denen man diesmal besonders ernst zu rechnen habe. Die Soldaten, unter denen viel Bayern waren, schienen diesmal nicht so heiter zu sein wie bisher, wenn sie in den Kampf geführt werden sollten. Die Bayern waren eher grimmig. Sie machten beinahe den Eindruck, wie wenn sie fallen wollten. Ihre Schreie glichen denen wilder Tiere, die keinen Ausweg sehen und nur auf den Augenblick warten, da die Pranke des Gegners sie fassen wird, weil sie dann Gelegenheit haben werden, sie ihm mit gewaltigem Bisse zu zertrümmern.

Ismers Abteilung hielt auf einem von einer Chaussee durchteilten Felde. Von hier aus sah er auf der Pflasterstraße, wo die Züge, unterbrochen von Reiterabteilungen, Automobilen, Munitionskolonnen, weniger gestört als beiseite gedrängt, singend nach vorne marschierten, bedroht vom nahen Schicksal, und doch singend.

Ismers Auge glitt prüfend über die Reihen und durch den Wirrwarr, dessen Gesetzmäßigkeit, trotz seiner Verworrenheit, sich so deutlich, so greifbar kundgab, daß er sich nicht genug darüber wundern konnte, keine wahre Stockung oder gar Unordnung zu sehen. Und als er so stand, mit dem gekrümmten Zeigefinger sich die Nasenspitze reibend, halb bewundernd, halb geistesabwesend, in Erwartung von etwas Entscheidendem, das auch ihn wieder in die Strömung führen würde, mußte er mit einem Male die Augen zukneifen, da das Wahrgenommene ihm allzu seltsam, allzu unwahrscheinlich vorkam.

Irrte er nicht, so kroch da zwischen den Fuhr- und Munitionskolonnen der Fritze herum, den Tornister auf dem Buckel und das Gewehr über der Schulter. Er sah übrigens ganz manierlich aus, gar nicht mehr so wie der Windhund mit der Tolle in die Stirn, wie damals, als er noch von hinter dem Ladentische her die Dienstmädchen und manche Frauen mit seinem schwermütigen Blicke und der Frage: „Noch etwas gefällig?“ zu allerlei Dummheiten verführte, die der Herrschaft und den Ehemännern gar nicht angenehm sein konnten. Ismer fühlte, wie ein Ruck durch seine Rückenmuskeln lief und er immer wieder hinsehen mußte, um sich zu vergewissern, daß er sich auch nicht getäuscht hatte.

Die Mannschaft, zu der der Fritze gehörte, kam bald vorwärts, da sich der Knäuel auf der Landstraße entwirrt hatte. Ismer aber mußte noch zurückbleiben, da seine Kompagnie zwar formiert war, aber es aus Gründen der Ordnung und behufs glatter Abwicklung des Anmarsches sich empfahl, den Strom ein wenig verlaufen zu lassen.

Ismer sah den Abrückenden nach wie einem sich verflüchtigenden Wunder. Wie nahe es auch lag, daß zwei zu Berlin gehörende Soldaten sich an einer Stelle des Kriegsschauplatzes trafen: Ismer kam es ganz außerordentlich geheimnisvoll vor, daß er und der Fritze an der schon einige hundert Kilometer langen Front einmal zur gleichen Zeit an der nämlichen Stelle sich befinden mußten. „Das soll so sein!“ fuhr es Ismer durch den Kopf, und mit einem Male rollte sich sein ganzes früheres Leben, das, seiner Ansicht und auch Hoffnung nach, eingepackt und wohlverschnürt in einer Bodenecke lag, wieder vor ihm ab, wie im Kientopp, und so deutlich, daß er es jetzt erst eigentlich richtig zu sehen glaubte. Er erschrak davor und hatte das Gefühl: jetzt mußte ihm etwas zustoßen.

(Fortsetzung folgt.)

in Kliems Festsälen, Hasenheide 13/15, eine öffentliche Versammlung der Angestellten der Zigarettenindustrie statt. In dieser Versammlung wird über die bisherige Verhandlung mit den Arbeitgebern und über den an demselben Tage zu erwartenden Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Bericht erstattet werden. Weitere entscheidende Beschlüsse müssen gefaßt werden. Wir erwarten, daß die Angestellten in Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung vollzählig erscheinen werden. Afa-Ortskartell Groß-Berlin.

Lohnbewegung in den sächsisch-thüringischen Webereien und Färbereien. Da in den sächsisch-thüringischen Webereien und Färbereien die Tariflöhne seit April vorigen Jahres keine Erhöhung erfahren hatten, wurden vom Textilarbeiter-Verband die Tariflöhne gekündigt und stündliche Zuschläge von 1,20 M. gefordert. Die Zugeständnisse der Unternehmer schwanken nach wiederholten Sitzungen zwischen 10 und 80 Pfg. Nun soll die Arbeiterschaft über Annahme oder Ablehnung der horrenden Zulagen entscheiden. Die Betriebsräte werden Zeit und Ort der Abstimmung im Einverständnis mit dem Textilarbeiter-Verbandes festsetzen.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband. Nach dem Feststellungsergebnis vom 13. Dezember 1920 waren an diesem Tage 30 460 Mitglieder arbeitslos. Das Verhältnis zum Mitgliederhundert betrug 8,22. Damit ist der Stand vom Anfang Januar (7,90), dem bisher höchsten im Jahre 1920, überschritten. An dieser Zunahme sind alle Bezirke beteiligt.

Aus den Organisationen

5. Distrikt. Mittwoch, 7 Uhr, Sitzung der Zeitungskommission mit Helfern bei Schweikhardt, Alte Jakobstr. 34.

6. Distrikt. Kommunale Kommission. Donnerstag, 6. Januar, abends 7 Uhr, bei Großmann, Waberstr. 24. Referat: Lebensmittelfragen. Mitglieder als Gäste willkommen.

10. Distrikt. Die Funktionäre der 1., 2. und 3. Abteilung am Mittwoch, den 5. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung in den bekannten Abteilungslokalen.

13. Distrikt. Mittwoch, 5. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung der Frauenarbeitskommission bei Marek, Kopenhagener Str. 9.

14. Distrikt. Dienstag, den 4. Januar, abends 7½ Uhr, Vorstandssitzung bei Keller, Gaußstraße 34.

15. Distrikt. Kommunale Kommission. Mittwoch, 5. Januar, abends 5¼8 Uhr, bei Braun, Wilhelmshavener Str. 25, Sitzung. Tagesordnung: „Die Aufgaben der kommunalen Kommission und die neue Stadtgemeinde Berlin". Ref.: Genosse Reinhold Fieliger. Erscheinen aller Kommissionsmitglieder und aller Genossen, die am Aufbau praktisch mitarbeiten wollen, ist unbedingt erforderlich.

17. Distrikt. Sämtliche Genossinnen und Genossen, welche sich zur Landagitation zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich umgehend an den Genossen Max Jannicke, Fehmarnstr. 3, Quergeb. pt. zu wenden. — Bildungskommission. Vollsitzung Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Paul Kroll, Utrechter Str. 21. — 2. Abteilung. Abteilungskonferenz Dienstag, den 4. Januar, abends 7 Uhr, bei Haase, früher Schulz, Brüsseler Str. 9. Wichtige Tagesordnung. — 3. Abteilung. Sitzung der kommunalen Kommission Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Löschmann, Müllerstraße Ecke Ofenerstraße.

Funktionär-innen Berlins. Am Montag, den 10. Januar, abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Zimmer 63, eine Konferenz statt. Vortrag des Genossen Krille über die Landtagswahlen. Das Erscheinen aller Genossinnen ist dringend erforderlich.

Neukölln. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, heute abend punkt 6 Uhr, eine Stunde vor Beginn der Versammlung, sich zu einer wichtigen Besprechung bei Kliems, Hasenheide, einzufinden.

Neukölln. Die Mitglieder der Agitationskommission melden sich heute abend 6½ Uhr in der Mitgliederversammlung beim Genossen Krüger.

Charlottenburg. Mittwoch, 5. Januar, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl.

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. Funktionäre holen Handzettel für die Versammlung heute, Dienstag, abend von 5—6 Uhr bei Schilling, Lauenburger Straße ab.

Niederschönhausen. Mittwoch, 5. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung aller in den Kommissionen der Gemeinde tätigen Genossinnen und Genossen (Armen-, Waisen-, Lebensmittel-, Erwerbslosenfürsorge usw.) im Rathaus, Zimmer 21. Donnerstag, 6. Januar, abends 7 Uhr, bei Schlegel, Eichenstr. 44, Sitzung der Jugend- und Bildungskommission. Freitag, 7. Januar, abends 7 Uhr, bei Schlegel, Eichenstr. Nr. 44, Sitzung der politischen und Agitationskommission. Genossen, welche in einer dieser Kommission mitarbeiten wollen, sind eingeladen.

Frauenbildungs-Kursus. Abgeordnetenhaus, Saal 16, Donnerstag, den 6. und 13. Januar, abends 7 Uhr, Vortrag der Gen. Gernald über praktische Armenpflege. Mit diesen beiden Abenden schließt der Kursus.

Vereinskalender

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 7 (Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte): Fachgruppenversammlung am 4. Januar, abends 7½ Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 40-41. — Fachgruppe 10, 1 u. 2 (Bekleidungs- und Textil-Industrie- und Großhandel): Fachgruppenversammlung am 4. Januar, abends 7 Uhr, im Dresdener Casino, Dresdener Str. 96. — Fachgruppe 13 (Elektro-Industrie und Handel): Fachgruppenversammlung am 4. Januar, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Kochstr. 13. — Fachgruppe 17 1 a—e (Nahrungs- und Genußmittel-Industrie): Fachgruppenversammlung am 4. Januar, abends 8 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

U. S. P. D.-Gastwirtsgehilfen. Donnerstag, abends bei Gehrholz, Weinbergsweg 26, Wiederanfang des Referentenkursus. Pünktliches Erscheinen erhofft der Vorstand.

D. M. V. Fachgruppe 19. Holzindustrie. Bezirk 34 am 4. Januar Monatsversammlung, abends 7 Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24-25.

Rhetorischer Verein Berlin. Mittwoch und Donnerstag, 5. und 6. Januar, abends ½8 Uhr, Vortrag über Form, Quelle und Zweck der freien Rede von Dr. phil. A. Hampf, am 5. Januar im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer Nr. 6, am 6. Januar im Sophiengymnasium, Weinmeisterstr. 15. Eintritt 1 M.

Sozialistische Proletarierjugend Gesundbrunnen. Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, in der Mädchenschule Gotenburger Str. 2, 1. T. part. links.

Sozialistische Proletarierjugend, Wedding 2. Heute abend 7 Uhr, in der Schule Müller- Ecke Triftstraße, Jahresversammlung. Erscheinen aller unbedingt erforderlich.

Lebensmittelkalender

Tempelhof. 375 Gr. Zucker für 2,80 M. auf Abschnitt 73 der Zuckerkarte Berlin für die Zeit vom 1. bis 15. Januar (Kundenliste). Außerdem auf Zulagkarte: Für Kinder im 1. Lebensjahre 750 Gr., für Kinder im 2. Lebensjahre 500 Gr., für Kinder im 3. bis 7. Lebensjahre 250 Gr. für den Monat. Für den Monat Januar 1921: 90 Gr. Butter für 3,60 M. (1 Pfd. 20 M.) a) auf Abschnitt 77 der Lebensmittelkarte Berlin, b) auf Abschnitt 6 der Krankenzulagkarte. Verkauf: a) 250 Gr. Bohnen für 1,25 M. auf Abschnitt 40 der Lebensmittelkarte Berlin. b) Ferner werden folgende Nährmittel ausgegeben: 1. An hoffende Mütter für Monat 1921: 1000 Gr. Reis, 500 Gr. Grieß, 500 Gr. Haferflocken, 5 St. Gebäck. 2. An stillende Mütter: 500 Gr. Grieß, 500 Gr. Haferflocken, 5 St. Gebäck. 3. Unter Vorlage der Krankenvollmilchkarten werden für den Monat Januar 1921 5 Stück Gebäck, 1 Tafel Schokolade ausgegeben. 4. An Einwohner über 60 Jahre: Auf Abschnitt 7 der rosa und blauen Alterszulagkarten 5 Stück Gebäck. 5. An Kinder im 1. bis 6. Lebensjahr: 5 Stück Gebäck, 1 Tafel Schokolade. Die Ausgabe erfolgt gegen Lochung des Mittelstückes der „K 1"—„K 2"-Kindervollmilchkarten. Anmeldung: 500 Gr. Kunsthonig auf Abschnitt 42, 500 Gr. Marmelade auf Abschnitt 43 der Lebensmittelkarte Berlin. 1 Tafel Schokolade gegen Abstempelung des Mittelstückes der Sonderlebensmittelkarte für Kinder (Serie 6, 12, 18). 1 Tafel Schokolade an Kinder, die freie Lernmittel beziehen oder in freier ärztlicher Behandlung stehen; sie erhalten darüber von den Rektoren der Gemeindeschulen einen Ausweis; sofern die Kinder nur in ärztlicher Behandlung stehen und nicht zugleich freie Lernmittel beziehen, erhalten sie einen Ausweis im Schulbureau, Dorfstr. 42, 3 Tr., Zimmer 80. Der Ausweis ist bei dem Einkauf der Schokolade abzugeben.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kemeringer, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Inventur-Verkauf

vom Montag, dem 3. bis einschließlich Sonnabend, den 8. Januar
bei den unterzeichneten Firmen in allen Abteilungen zu

bedeutend herabgesetzten Preisen

Esders & Dyckhoff, Gertraudtenstraße 8/9
Stefan Esders, Kaiser-Wilhelm-Straße 55
Bernward Leineweber, Kölln. Fischmarkt 4/6
Peek & Cloppenburg, Gertraudtenstraße 25/26

Herren- u. Knaben-Konfektion

Zinn! Lötzinn! Weißmetall! Blei f. Spezialgebr.! Zahngebisse, Zahn bis 100.— Platinabfälle! Goldbruch bis 40.— Silberbruch bis 1.20 nach Kurs. Kupfer! Messing! Nickel! Aluminium! Zink! Salpeters. Silber! Quecksilber! Stanniolpapier! Flaschenkapseln! Glühstrumpfasche!! bis 150.— kauft **Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.** (Sendg. v. außerhalb werden prompt erledigt.)

Kaufe laufend zu höchsten Preisen
Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn,
Quecksilber, Rotguß, Blei
sowie Motore, Gold- u. Silberbruch, Platin
SCHUBERT, Berlin, Ramlerstrasse 35
am Bahnhof Gesundbrunnen .·. Telephon: Amt Humboldt 644

Zu unüberbietbaren Schmelzpreisen
kauft Urban tägl. alte Zahngebisse, auch zerbrochene. Stiftzahn 12 Gramm 160 M., Platin-, Gold-, Silberbruch, Brennstifte, Münzen usw. Einkauf täglich bis 7 Uhr. Bei Ankauf Fahrgeldvergütung.
Manteuffelstraße 71, Laden.

Dynamodraht
in Baumwolle, Seide und Emaille, kauft jeden Posten
Elektrobüro, Grüner Weg 100.

Ein unentbehrliches Notizbuch
ist der
U. S. P. D.
Taschenkalender 1921
Gut gebunden 4.— Mark
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Zur bevorstehenden Einschätzung zur Reichseinkommensteuer
muß jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende haben
Das
Reichseinkommensteuergesetz
Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager
Preis 4.— Mark
Die knappe, übersichtliche und allgemeinverständliche Darstellung wird jedem Steuerpflichtigen restlose Aufklärung über die wichtigsten Steuerfragen verschaffen, wie die Abzüge vom Einkommen, den steuerfreien Teil des Einkommens, die Berücksichtigung besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse, den Steuerabzug usw.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Auch durch alle Filialen der „Freiheit"

Unsere jetzigen Preise

Jackettanzüge in allen möglichen Mustern und Farbenstellungen	von 245 M. an
Jackettanzüge, Modellstücke, in den neuesten Fassons und in vornehmen Farben zum Einheitspreise	von 780 M.
Ulster, Schlüpfer, Raglans, Paletots	von 300 M. an
Winterjoppen mit dickem warmem Futter	von 150 M. an
Hosen grösstenteils unter Anschaffungspreis, in geschmackvollen Streifenmustern, u. a. 290, 285, 225, 215, 200, 175, 150, 125, 90	65 M.

Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Cutaway und **Westen** sowie **Gummimäntel** in modernster Ausführung, sehr preiswert

Maßanfertigung nach den neuesten Modellen zu billigen Preisen

Nur eine Verkaufsstelle — **Baer Sohn** — Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Weinberg's Krem- und Tafel-Schokoladen
in bekannter Güte und zu neuen Preisen
Gerson Wechselmann, Berlin W 9, Linkstr. 20
Verkauf nur an Wiederverkäufer

Ich brauche dringend:
Zinn, Weissmetall
Kupfer, Messing
Auch für andere Metalle
Metallankauf Charlottenburg
Wallstraße 53. Wilhelm 1871.

Metall-Großhandlung
kauft jeden Posten
Altmetalle und Eisen
Zinn u. Lagermetall
von Händl. u. Handwerkern
Gerlach & Voigt
Dresdenerstr. 13/14 Mpl. 12520

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngebisse
Platin-, Gold-, Silberbruch
kauft
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72

Sämtliche
ALTMETALLE
kaufen laufend
Raumer Strasse 26
Schönhauser Allee 143

Metall-ankaufsstelle **-Osten**
Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei Zink usw.

Die
Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale
Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft
Kupfer, Messing, Blei, Zink.

FREIHEIT-DRUCKEREI
GMBH. BREITESTR. 8-9
Herstellung von Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren / Kataloge
Spez. Massenauflagen
Flugblätter / Prospekte
Kostenanschläge u. Entwürfe jederzeit
TELEFON: ZENTRUM 2030, 2645, 4616, 4608

Spiralbohrer
conische 225°/₀ kauft Werkzeughandlung, Mirbachstraße 21 vorn III rechts.

Botenfrauen
stellt sofort ein
Spedition Charlottenburg
Wallstraße 90, Restaurant.